

# ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

**Essener Haushalt**  
Viel Lärm um nichts

Seite 3



**Die größten Kracher 2019**  
Headlines, die wir uns für  
2019 wünschen

Seite 6



Essener Bündnis für bezah-  
baren Wohnraum

**Die Wohnungsfrage  
spaltet die Stadt** Seite 9



**Einer für alle!**

Regionalplan Ruhr

Seite 10

# Essen verboten!

**Diesel-Fahrverbote zeigen: Die Verkehrswende ist überfällig**

**& Kurz  
& Knapp**



**Zwischenlösung für  
Radschnellweg**

Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt, dass der städtische Allbau sich als möglicher Investor beim Bau des Radschnellweges und der städtebaulichen Entwicklung des Eltingviertels ins Spiel bringt. Damit käme ein Investor zum Zug, der auch die Interessen der Stadt im Blick hat und nicht nur die Rendite. Allerdings kritisiert DIE LINKE den Zeitplan bis zur Fertigstellung in 2026 und fordert eine provisorische Lösung.

**Erschüttert über  
Amokfahrt**

Die Amokfahrt eines Esseners erschüttert auch DIE LINKE. Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke:

„Egal, ob es sich um einen psychisch Kranken handelte oder ob er Mitglied einer rechtsextremen Organisation war: Die brutale Tat geschah vor dem Hintergrund zunehmender rassistischer Hetze gegen zugewanderte Menschen.“

Der Täter wollte Menschen mit Migrationshintergrund töten. Insofern war es eine politische Tat, die in keiner Weise relativiert werden darf – schon gar nicht vom Bundesinnenminister. Unser Mitgefühl gilt den Opfern. Wir werden nicht nachlassen, uns für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen, die die Rechte aller respektiert und ihre Sicherheit garantiert.“

**Talentschulen pure  
Kosmetik**

Für die Ratsfraktion DIE LINKE stellt der Modellversuch „Talentschulen“ lediglich eine kosmetische Korrektur der versäumten Schulpolitik der letzten Jahre dar. Neun Schulen aus Essen haben sich auf die insgesamt 60 Plätze beworben.

Die Berufskollegs boykottierten den Aufruf; sie wollten sich in keine Konkurrenzsituationen mit anderen Schulen drängen lassen. Statt Privatisierungen in der Bildung brauchen wir einen ganzheitlichen, sozialindexierten Schulentwicklungsplan, so dass Schulen ihrem Bedarf nach mit Mitteln versorgt werden.

Das Urteil war ein Paukenschlag. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen ordnete Mitte November Fahrverbote für Dieselfahrzeuge bis Euro-Norm 5 und für Benziner bis Euro-Norm 2 für Essen an.

Milliardenhöhe in den USA hat allein VW als inzwischen größter Automobilkonzern der Welt seinen Nettoprofit 2017 auf 11,4 Milliarden Euro verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2018 waren es allein 6,6 Milliarden Euro.

**Dieselkrise:  
ausgesessen**

Statt die Automobilkonzerne zur Nachzurüstung zu zwingen, macht Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) seinem Ruf als Auto-lobbyist weiter alle Ehre. Die vom Bund zusammen mit einigen Automobilkonzernen aufgelegten Tauschprämien sind ein Konjunkturprogramm für die Autokonzerne, bei dem die Betroffenen Dieselfahrzeughalterinnen und -halter draufzahlen. Denn die Prämie gibt es nur beim Tausch eines alten Dieselfahrzeugs gegen ein neues Fahrzeug, das unter dem Strich natürlich mehr kostet.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) glänzte gleichzeitig durch Sprüche wie: „Wir lassen uns unseren Diesel nicht kaputt machen.“ Die Landesregierung hat inzwischen Berufung gegen das Urteil des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts eingelegt, statt gemeinsam



Wolfgang Freye ist Ratscherr für DIE LINKE. Essen

mit den betroffenen Städten Lösungen zur Verringerung der gesundheitsschädlichen Luftbelastung zu suchen. Ein wesentlicher Bestandteil jeder Lösung muss dabei eine Verringerung des individuellen motorisierten Verkehrs sein, eine Verkehrswende hin zu einem besseren Öffentlichen Nahverkehr und mehr Radverkehr.

Und der Essener Oberbürgermeister, Thomas Kufen (CDU), übte sich derweil in zivilem Ungehorsam und erklärte, er werde Fahrverbote nur auf Anweisung von oben verhängen. Abgesehen davon, dass man sich so

viel Zivilcourage gegen die unsinnige Verhängung von Sanktionen gegen Hartz-IV-Berechtigte wünschen würde, müssen die Fahrverbote letztlich ohnehin von der Bezirksregierung umgesetzt werden, die für die Luftreinhaltepläne verantwortlich ist.

**Verkehrswende:  
Fehlanzeige**

Hierbei hinkt Essen deutlich hinterher. Nur knapp 20 Prozent der Verkehrswege werden mit dem öffentlichen Nahverkehr zurückgelegt, weit unter 10 Prozent mit dem Fahrrad. Essen ist weit entfernt von den in der Bewerbung zur „Grünen Hauptstadt 2017“ entwickelten Zielen von jeweils 25 Prozent. Auch die Beteiligung Essens am Bundesprogramm für „Lead Cities“, in dessen Rahmen fünf Städte für Modellprojekte ausgewählt wurden, bringt nicht viel. Essen erhält hieraus gerade einmal 21 Millionen Euro an Fördermitteln. Die viel kleinere Stadt Bonn erhält 37,6 Millionen Euro, weil ihre Projekte überzeugender waren.

Die Projekte, die wahrscheinlich am meisten bewirkt hätten, wurden in Essen wieder gestrichen, nicht zuletzt auf Betreiben der Großen Koalition von CDU und SPD.

Vorgeschlagen war beispielsweise die Einrichtung von Park-and-Ride-Plätzen an großen Zugangsstraßen in die Stadt wie der Gladbecker Straße und der Alfredstraße, die durch eigene Busspuren mit der Innenstadt verbunden werden sollten.

(Fortsetzung S. 2)

## DIE LINKE erhebt Dienstaufsichtsbeschwerde

Was sehen Sie hier im Bild? Ja richtig: das Weihnachtssingen der rechtslastigen „Steeler Jungs“, die seit Monaten nach Art einer Bürgerwehr wöchentlich durch Steele ziehen.

Und wen sehen Sie mittendrin? Ja richtig: einen Polizisten in Uniform. Name und Dienstgrad sind der Redaktion bekannt.

Wir fragen: Was hat er dort zu suchen? Und ist der Dienstherr damit einverstanden?

Lesen Sie mehr auf Seite 5!



Überraschend kam das Urteil nicht. Die EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide gelten bereits seit 2010. Was soll ein Verwaltungsgericht sonst machen, als acht Jahre später auf die Anwendung des geltenden Rechts zu pochen? Jahrelang taten die verschiedenen politischen Ebenen nicht viel für die Einhaltung der Grenzwerte und setzten stattdessen darauf, dass die Autokonzerne es durch Weiterentwicklung der Technik schon richten werden.

Tatsächlich sind technische Lösungen zur Verringerung des Schadstoffausstoßes möglich. Statt sie umzusetzen, haben die Automobilkonzerne lieber Messwerte gefälscht und mit Abschalt-einrichtungen betrogen. Das hat sich für sie gelohnt: Trotz Schadensersatzzahlungen in

Kommentar zum Stadtgeschehen

# Typisch GroKo

von Ralf Fischer

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kommen sie, die Fahrverbote. Etwa 80.000 Fahrzeughalterinnen und -halter wären davon betroffen. All die Gespräche hinter den Kulissen, all die feuchten Händedrücke unseres OB Thomas Kufen mit Mutti Merkel und dem Scheuer Andi – vergebens. Was soll auch dabei herauskommen, wenn die eine lahme große Koalition mit der anderen lahmen großen Koalition „verhandelt“?

Das Urteil war absehbar. Die Verwaltungsrichter schrieben der Stadt ins Stammbuch, so die Pressemitteilung des Gerichts vom 15. November, dass der gültige Luftreinhalteplan aus dem Jahr 2011 „keine ausreichenden Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsituation vorsehe, um den Grenzwert schnellstmöglich einzuhalten.“ Dies gelte auch für die aktuelle Fortschreibung des Plans. Das Gericht hat der Bezirksregierung aufgegeben, „zusätzlich ... ein zonales Fahrverbot im Essener Stadtgebiet entlang der BAB 40 und Teilen der B 224 unter Einschluss dieser Strecken anzuordnen.“

Wie geht man nun mit diesem Urteil um? Den größten Vogel schoss unser Oberbürgermeister ab, indem er am 28. November im Rat der Stadt erklärte: „Ich sage ganz

deutlich: Wer Fahrverbote in Essen will, muss mich anweisen, diese zu verhängen. Es gibt keinen vorsehenden Gehorsam.“ Haben wir da was falsch verstanden? Hat das Gericht nicht genau diese Anweisung gerade angekündigt?

Natürlich, jetzt gibt es erstmal die Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Dies dürfte das Urteil aus Gelsenkirchen bestätigen. Denn die Begründung der Richter ist stichhaltig: „Diese Fahrverbote hält die zuständige Kammer ... für unverzichtbar, um die Gesundheit der Anwohner, Besucher und Verkehrsteilnehmer zu schützen.“

Kern des Problems sind weder angeblich willkürliche Grenzwerte, noch die Klägerin Deutsche Umwelthilfe e.V., die endlich die geltenden Regeln gegen die Autolobby durchsetzt. Kern ist der vorherrschende „Fetisch Auto“, dem niemand den Lack kratzen darf.

Welche Perspektiven hätte die Stadt gehabt, ihren Nahverkehr weiterzuentwickeln, wäre unter dem Kennedyplatz die zentrale Umsteigestation des Bahnverkehrs in alle Richtungen anstelle eines schnöden Parkhauses. Nicht nur bei dieser städtischen Entscheidung regierte dieser Fetisch. Doch dessen Zeit ist abgelaufen, nur die Verantwortlichen weigern sich noch, das zu verstehen.



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

## Durchfahrt verboten

(Fortsetzung v. Seite 1)



Die Essener Fahrverbotszone hier rot umrandet  
vg-gelsenkirchen.nrw.de

Quelle: www.

Gesonderte Busspuren, wie es in vielen Städten seit Jahren gibt, in Essen allerdings fast gar nicht, gehen natürlich zu Lasten des individuellen motorisierten Verkehrs – und das will die Große Koalition genauso wenig wie Fahrverbote.

Die Ratsfraktion DIE LINKE brachte in den letzten Monaten mehrere konkrete Anträge in den Rat ein, um die dringend notwendige Verkehrswende zu beschleunigen bzw. erst einzuleiten. Sie wurden von der großen Koalition stets abgelehnt, obwohl z.B. gesonderte Bus- oder Straßenbahnpuren mit zu den kostengünstigsten, gleichzeitig aber wirkungsvollsten Möglichkeiten gehören. Auf das nun vom Gericht verhängte Fahrverbot sollte sich die Stadt endlich vorbereiten. Ob es von der zweiten Instanz

als „unverhältnismäßig“ ausgesetzt wird, ist angesichts der langen Anlaufzeiten zur Umsetzung der Grenzwerte sehr unwahrscheinlich. Zu einer Vorbereitung gehört auch die Festlegung von Ausnahmen. Wie bei Einführung der Umweltzone Ruhr 2012 sind Ausnahmen z.B. für Kranken- und Notarztwagen, Forstfahrzeuge oder Behindertentransporte möglich. Darüber hinaus können Härtefallregelungen für bestimmte Handwerksberufe beantragt werden. Hier sollte endlich Klarheit geschaffen werden, statt der Panikmache weiter Raum zu geben. Ein entsprechender Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde allerdings im Rat abgelehnt. Auch von der SPD, deren Unterbezirksvorsitzender eine entsprechende Regelung kurz nach der Ratssitzung forderte.

## Neue Gesamtschule in Altenessen

Nach langer Verzögerung haben SPD und CDU endlich die Erbslöhstraße als Standort für die neue Gesamtschule in Altenessen akzeptiert. Besonders die SPD wollte dort gehobene Wohnbebauung sehen und blockierte so den Bau, obwohl sie sich vorher in der Opposition gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE für eine neue Gesamtschule ausgesprochen hatte. Die neue Schule ist wahrscheinlich nicht ausreichend, da bereits jetzt schon über 200 Anmeldungen an Gesamtschulen abgewiesen werden, mit steigender Tendenz. Daher muss die Gesamtschule Nord zusätzlich aufgewertet werden.

## Inklusion: Ausnahme für Gymnasien ungerecht

Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt grundsätzlich „Schulen des gemeinsamen Lernens“, die die NRW-Landesregierung aus CDU und FDP einführen will. Sie hält es aber für falsch, Gymnasien aus der Verpflichtung zu entlassen, sich daran zu beteiligen. Dieses Vorhaben der Landesregierung wird die Ungleichheiten im mehrgliedrigen Schulsystem weiter verschärfen. Außerdem wird so die freie Schulwahl für die Kinder eingeschränkt, die in den normalen Unterricht einbezogen werden sollen. Ihnen wird somit die Fähigkeit abgesprochen, an einem Gymnasium zu lernen.

## Existenzminimum nicht kürzen

Die Ratsfraktion DIE LINKE teilt die Kritik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, nachdem die Höhe und der Umfang der Leistungskürzungen bei Hartz4-Leistungsbeziehenden in keinem angemessenen Verhältnis zur Schwere der Verstöße stehen. Von den über 12.000 Sanktionierungen im letzten Jahr wurden 86,5 Prozent aufgrund von versäumten Terminen verhängt. Gerade die besonders harte Sanktionierung von unter 25jährigen, bei denen schon beim ersten Verstoß alle Leistungen bis auf die Kosten der Unterkunft gestrichen werden können, müssen dringend abgeschafft werden. Dadurch verschärft das Jobcenter nur die Notlage der Jugendlichen.

Zentrale Ausländerbehörde

# Stadt Essen bricht geltendes Recht

von Patrick Münch

**Die Stadt Essen ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Damit ist sie an geltendes deutsches und europäisches Recht gebunden. Auch die von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten internationalen Verträge sind für die Stadt Essen bindend. Aber in einem elementaren Punkt hält sich die Stadt nicht an ihre rechtlichen Verpflichtungen: dem Schutz von Geflüchteten.**

Die von der Bundesregierung angestrebte Beschleunigung und „Optimierung“ der Asylverfahren hat zum Ziel oder zumindest den Effekt, Geflüchteten das Recht auf ein ordnungsgemäßes, rechtsstaatliches Verfahren vorzuenthalten. „Verwaltungsgerichte müssen schnellstmöglich entscheiden“, heißt es etwa im „Masterplan Migration“ des Bundesministeriums des Innern, wobei der Minister zusätzlich prüfen will, wie sich abgelehnte Asylbewerber noch während ihrer laufenden Rechtsmittelverfahren abschieben lassen.

Zur Umsetzung auf Länder- und kommunaler Ebene nahm am 1. September 2018 in Holsterhausen eine Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) ihren Betrieb auf. Dort sollen alle Abläufe in einer Behörde zusammengefasst werden. Auf diese Art und Weise kommt es jedoch zu einer schleichenden Entrechtung der Geflüchteten, denn das Ziel

ist einzig und allein die schnelle Abschiebung. Eine gründliche Prüfung jedes einzelnen Falles wird durch die Struktur der Behörde verhindert. So wird der Rechtsstaat durch beschleunigte Verfahren gezielt außer Kraft gesetzt, um politische Vorgaben zu erreichen.

Die Einhaltung ordnungsgemäßer Verfahren und der ungehinderte Zugang zur Justiz für alle Menschen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit,



Patrick Münch ist Mitglied des Kreisverbands Essen. Er ist aktiv im Essener Friedensforum und im Rosa-Luxemburg-Club Essen.

ist die Grundlage jeder Rechtsstaatlichkeit. Die Bundesrepublik Deutschland, ihre öffentlichen Institutionen und Einrichtungen, also auch die Stadt Essen, sind an geltendes Recht gebunden. Aber sowohl die Verwaltung als auch

der Rat der Stadt Essen und ihr Oberbürgermeister beteiligen sich an der Beugung geltenden Rechts, bisher ohne Konsequenzen.

Um gegen diese Missachtung des Rechts vorzugehen, hat sich das Bündnis „Essen gegen Abschiebung“ (EGA) gegründet. Das Bündnis setzt sich zum Ziel, die rechtswidrigen Zustände in der Zentralen Ausländerbehörde zu skandalisieren und einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Denn nur durch Widerstand aus der Bevölkerung heraus ist es möglich, die behördliche Entrechtung der Menschen zu verhindern und zu gewährleisten, dass jedem Menschen das Recht, Rechte zu haben (Hannah Arendt), zugestanden wird.

Vor dem Hintergrund der kommenden Europa- und Kommunalwahlen setzt sich die Partei DIE LINKE in Essen dafür ein, dass sich Europa zu dem entwickeln kann, was im Vertrag über die Europäische Union geschrieben steht: ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Essen liegt mitten in Europa. Der Kampf für die Menschenrechte muss hier geführt werden, damit Menschen nicht weiter vor unseren Augen entrechtet werden!

Weitere Informationen unter [www.essengegenabschiebung.de](http://www.essengegenabschiebung.de).

# Sportvereine fürchten Mitgliederschwund

von Herbert Bußfeld

**In Essen gibt es 177 Turn- und Sporthallen, davon befinden sich 30 im Immobilienbestand der Sport- und Bäderbetriebe. Das große Problem sind die 147 Turn- und Sporthallen im Besitz der Immobilienverwaltung. Zumeist handelt es sich hier um Schulturnhallen.**

Im ersten Halbjahr 2018 diskutierte der Essener Sportbund (ESPO) mit seinen Vereinen über die Trainings-

und Wettkampfbedingungen in den Turn- und Sporthallen. Viele Vereinsvertreter\*innen berichteten über gravierende Baumängel und die dadurch hervorgerufenen Probleme in ihrem Sportbetrieb. Auch die Schulen müssen ihren Sportunterricht in den teilweise maroden und nicht intakten Gebäuden durchführen.

CDU und SPD haben dieses Desaster bei der Immobilienverwaltung durch jahrelange



Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

Misswirtschaft zu verantworten. Sie haben lieber in eine prunkvolle Messe Essen investiert („für Deutschland und Europa“) statt in Immobilien, die von ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern (Sportvereine) und vor allem von den Kindern (Schulen und Kindergärten) genutzt werden. Die Instandsetzung wird teilweise Jahre dauern, eventuell werden

auch Neubauten erforderlich. Allen Sportvereinen, die nun um ihre Existenz bangen, muss bei ihren Bemühungen, den Sportbetrieb aufrecht zu erhalten, unbürokratisch geholfen werden.

In der Haushaltssitzung des Rates für 2019 wurde unser Antrag für eine Erhöhung des Etats der Sport- und Bäderbetriebe für dringend notwendige Maßnahmen abgelehnt. Auch im Jahr 2019 wird der Sport wie schon seit Jahren mit einem Mangelhaushalt leben müssen, dank CDU und SPD.

## Impressum:

**Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links**

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger\*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: [essenmorgen@dielinke-essen.de](mailto:essenmorgen@dielinke-essen.de).

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint kurz vor dem 1. Mai 2019.

DIE LINKE lehnte Ende November im Stadtrat den Haushalt für 2019 ab. Sie zog damit die Konsequenzen aus der Ablehnung ihrer zahlreichen Vorschläge, im Haushalt Schwerpunkte für eine solidarische Stadtentwicklung zu setzen.

**Z**uvor hatte sich die große Koalition aus SPD und CDU in Politikverweigerung geübt. In ihren Reden ergingen sich CDU und SPD in Lobhudeleien für die Stadtspitze, allen voran Oberbürgermeister Kufen. Schon peinlich war der mehrfach betonte Dank der SPD an die CDU für die gute Zusammenarbeit in der großen Koalition. So kann die SPD kein eigenes Profil entwickeln. FDP und EBB forderten erwartungsgemäß weitere unsoziale Einsparungen. Die Grünen kritisierten zwar die GroKo, schielten aber gleichzeitig auf eine schwarz-grüne Zusammenarbeit.

Mit nachfolgendem Redebeitrag (hier leicht bearbeitet und gekürzt) und mit 27 Einzelanträgen versuchte DIE LINKE, Einfluss auf die Debatte zu nehmen.

**Schützen und dienen?**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Haushaltspolitik ist immer mit Entscheidungen verbunden, in welche Richtung sich eine Stadtgesellschaft entwickeln kann und soll. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben Ihren vorliegenden Haushaltsentwurf unter das Motto „Schützen und dienen“ gestellt. Wir haben den Haushaltsentwurf daraufhin geprüft: Wer soll hier geschützt und wem gedient werden? Unser Ergebnis: Gerade besonders Schutzbedürftige und jene, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, werden unzureichend geschützt und ihren Bedürfnissen wird unzureichend „gedient.“

Bevor ich auf einige Beispiele zurückkomme, zunächst zu den Rahmenbedingungen des Essener Haushaltes. 3,6 Milliarden Euro Gesamtschulden, davon allein 2,2 Milliarden Euro Liquiditätskredite zeigen die weiterhin

dramatische Situation auf. Auch wenn die Stadt im Verwaltungshaushalt 2017 einen kleinen Überschuss erwirtschaftet hat und dies auch für 2018 und 2019 zu erwarten ist: Sie vergessen immer wieder, dass man nicht nur die öffentliche Versorgung zusammenstreichen kann, sondern auch eine Erhöhung der städtischen Einnahmen möglich wäre. Mit einer Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes könnte Essen rund 32 Millionen Euro mehr einnehmen und seinen „Überschuss“ aus laufender Verwaltungstätigkeit annähernd verdoppeln. Dass kann auch der kleine Mittelständler tragen – und die großen Konzerne wie RWE würden vielleicht endlich mal ein bisschen zum Haushalt beitragen. (...)

**Gute Schulen für alle**

Dass wir von der Substanz leben, zeigt sich sehr deutlich an unseren Schulen. Auch wenn mit Bundes-, Landes- und eignen Mitteln kräftig saniert und gebaut wird, das Hemd ist immer noch dramatisch zu kurz. Es fehlen Schulen, es fehlen Klassenräume, viele Schülerinnen und Schüler werden in den kommenden Jahren in Containern unterrichtet werden müssen.

Gerade den Schülerinnen und Schülern aus den „bildungsferneren Schichten“ wird mit dem Stadthaushalt immer noch zu wenig gedient, sie werden unzureichend davor geschützt, in maroden Klassenräumen lernen zu müssen, auf Schultoiletten zu gehen, die zum Himmel stinken, und deren Lehrpersonal ausgepowert ist, die aber immer noch engagiert arbeiten.

Lehrpersonal ist Landessache, aber unterstützend kann die Stadt tätig werden. Wir wollen daher als Einstieg die Einrichtung von 35 Stellen für lehrerunterstützendem Personal aus den Bereichen Sozialarbeit, Schulpsychologie und von Menschen, die im Unterricht helfen. (...)



**Stadthaushalt ignoriert sozialen Bedarf**

# Solidarische Stadtentwicklung – Fehlanzeige



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen

**Verkehr nachhaltig entwickeln**

Von einem nachhaltigen Verkehr sind wir meilenweit entfernt. Selbst angesichts der riesigen Gerichtsklatsche, Stichwort Dieselfahrverbot, zeichnet sich bei den Autofahrer-Lobbyisten kein Umdenken ab. Die CDU verhindert wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Autoverkehrs, und die SPD läuft in Essen immer brav hinterher. Als „Lead City“ haben wir gemessen an unserer Bevölkerung läppische 21 Mio. Euro erhalten, weil die anderen Städte bessere Konzepte vorgelegt haben. (...)

Was Essen fehlt, ist ein integriertes Verkehrskonzept, das alle Verkehrsarten berücksichtigt, um die unterschiedlichen Maßnahmen zukunftssicher auf einander

abzustimmen. Vielleicht könnte die Debatte auf der Grundlage eines zukunftsfähigen Verkehrskonzeptes ja auch einige der Autodinosaurier in die Gedankenwelt des 21. Jahrhunderts holen. (...)

**Lebenswerte Stadtteile – Wohnen, Grün, Sport**

Lebenswerte Stadtteile sind Stadtteile mit einer hohen Lebensqualität, und die hängt nicht zuletzt an einem gepflegten Grün, an Spielplätzen für Kinder, an Sportangeboten, an einem regen Vereinsleben. Grün und Gruga ist ebenso wie die Sport- und Bäderbetriebe heillos unterfinanziert. Beide brauchen mehr Geld für ihre wertvolle Arbeit. (...)

Unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft Allbau

ist nicht die Melkkuh des Kämmerers, sondern soll denjenigen dienen, die bezahlbaren und guten Wohnraum brauchen. Gerade die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten haben es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Wir wollen der Allbau 10 Millionen Euro mehr in diesem Jahr belassen, weil sie nach ihrer Auskunft in der Lage ist, mit diesem Betrag tatsächlich, in 2019 beginnend, mehr als die bisher geplanten Sozialwohnungen zu bauen. (...)

**Zuwanderung macht zukunftsfähig**

Die Zuwanderung ist eine große Chance für Essen. Schon geschichtlich betrachtet ist das Ruhrgebiet, ist Essen nur durch Zuwanderung groß geworden. (...) Es gibt

ein chinesisches Sprichwort, dass die Sache auf den Punkt bringt: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen“. Wir in Essen sollten Windmühlen bauen. Mauern führen zu Rückschritt und Verkrustung (...) Alles was wir zur Integration unternehmen, verbessert die Lebensverhältnisse der Menschen insgesamt. Ob es die Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte ist, ob es die Verbesserung der Wohnsituation ist oder die Integration in den Arbeitsmarkt.

Dagegen führen rechtspopulistische Hetze und Diskriminierung zu Konflikten und sozialen Verwerfungen... Ein plastisches Beispiel, welche Folgen eine jahrzehntelange Desintegration hat, ist die große Gruppe der bei uns lebenden Menschen aus dem Libanon. Ja, viele von ihnen haben keine gute Schulbildung, keine guten Berufsabschlüsse, manche mögen auch kriminell sein. Aber sie jetzt pauschal als „kriminelle Familienclans“ unter Generalverdacht zu stellen, einen Ratskollegen, der libanesischen Wurzeln hat, öffentlich zu diskreditieren und an den Pranger zu stellen, stört nachhaltig das friedliche Zusammenleben in Essen und ist Wasser auf die Mühlen von AfD und Co. Die guten Ansätze der Hilfen zur Integration, die in den letzten Jahren unternommen wurden, müssen unbedingt ausgebaut und verstärkt werden. Einer Zerlegung durch Rechtsaußen werden wir entgegenreten.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen: „Schützen und dienen“ ist sehr wohl ein Motto, das wir tragen können. Allerdings müssen Veränderungen am Haushaltsentwurf vorgenommen werden, die diejenigen in den Mittelpunkt stellen, die Schutz- und Dienstleistungen besonders brauchen. Bitte folgen Sie deshalb unseren Anträgen und lassen Sie uns die Lebensverhältnisse in Essen für alle verbessern.

Die vollständige Rede sowie die Anträge der LINKE sind unter [www.linksfraktion-essen.de](http://www.linksfraktion-essen.de) zu finden.

# Klima schützen – RWE-Aktien verkaufen

**Die Fraktion DIE LINKE im Rat beantragte im September eine Aktuelle Stunde zum Thema „Einsatz für Deeskalation im Hambacher Forst“. Oberbürgermeister Thomas Kufen solle sich als Aufsichtsratsmitglied für einen Rodungsstopp einsetzen. Die Stadt Essen ist in einer besonderen Verantwortung: Sie besitzt 18 Millionen RWE-Aktien und verfügt damit über einen Anteil am Konzern von drei Prozent.**



DIE LINKE bei der Demonstration vom 1. Dezember 2018 in Köln  
Foto: Niels Holger Schmidt.

Immer wenn DIE LINKE den Verkauf der RWE-Aktien fordert, wird das mit der Begründung abgelehnt, die kommunale Beteiligung sei auch eine strategische Beteiligung für Einflussnahme auf den Stromriesen. Doch die Chance, dieses Instrument zu gebrauchen, blieb erneut ungenutzt. Die anderen Fraktionen lehnten die Durchführung einer aktuellen Stunde ab. So kam es zu keiner Debatte. Bemerkenswert war es, dass die Grünen sich nur enthielten.

DIE LINKE bleibt weiter bei ihrer Forderung nach einem Aktienverkauf, der Erlös ist dabei nicht entscheidend. Denn nach der Abspaltung



von Innogy aus dem RWE-Konzern trägt Essen jetzt die Risiken der „schmutzigen“ Stromerzeugung mit allen ökologischen Folgen. Also weg mit RWE-Aktien – eine Wertanlage sind sie in keiner Hinsicht mehr!

Acht, Acht, Sieben, Sechs, Sechs, Fünf. Das war kein verspäteter Countdown ins Jahr 2019. Das haben wir bereits erreicht, und ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes neues und möglichst sorgenfreies Jahr. Die Zahlenreihe bezeichnet die monatliche Erhöhung des Regelsatzes in den Bedarfsstufen, die der Gesetzgeber für 2019 beschlossen hat.



von Rechtsanwalt Carsten Dams

Neues beim JobCenter

**D**ie Erhöhung ist eben so mager ausgefallen wie für Betroffene vermutlich erneut der nächste Festtagsbraten. Die „Großzügigkeit“ des Gesetzgebers überrascht in Zeiten, in denen parteiübergreifend über dringenden Änderungsbedarf im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende gesprochen wird. Offenbar spricht es sich leichter, als es sich handelt. Manch Wortbeitrag zielt ohnehin mehr auf die nächsten Wahlergebnisse, als auf die Verbesserung der Lebensumstände Betroffener ab. Gesundes Halbwissen zur gesamten Problematik zeigt sich aktuell grenzübergreifend, wenn der österreichische Bundeskanzler darüber schwadroniert, wann Sozialleistungsberechtigte mutmaßlich aufstehen, und dies offenbar als das vorherrschende sozialpolitische Problem sieht. Die Regelsätze 2019 ergeben sich aus der nebenstehenden Tabelle.

# Regelsätze, Mietkautionen und Mietobergrenze

**Aufrechnung bei Mietkautiondarlehen**

Eine frühere sozialrechtliche Diskussion ist zu einem vorläufigen, unerfreulichen Ende gekommen. Das Problem ist schnell umrissen: Leistungsberechtigte hatten die Frage, ob es denn rechtens ist, dass Darlehen für Mietkautionen mit den laufenden Leistungen verrechnet werden, bis zum Bundessozialgericht getragen. Sie hatten gute Argumente, insbesondere, dass im Regelsatz gar kein Geld



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht und erreichbar unter Telefon 0201-5147472.

für Mietkautionen enthalten sei. Dem ist das Bundessozialgericht in seiner Entscheidung von Ende November 2018 leider nicht gefolgt. Es hat entschieden, dass die Aufrechnung im Regelfall rechtens ist. Für besondere Fälle gäbe es ja eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen und Anträgen, die man stellen könne. Dies soll ausreichen. Das mag aus dem Elfenbeinturm eines Bundesgerichts betrachtet zur Problemlö-

Höhe des Regelbedarfes	seit 01.01.2018	ab 01.01.2019
alleinstehende / alleinerziehende Personen und Volljährige mit minderjährigem Partner	416,00 Euro	424,00 Euro
volljährige Ehegatten / Partner in eheähnlicher Gemeinschaft (jeweils)	374,00 Euro	382,00 Euro
Volljährige bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres ohne eigenen Haushalt	332,00 Euro	339,00 Euro
Personen unter 25 Jahren, die ohne Zusage des JobCenters oder wichtigen Grund aus dem elterlichen Haushalt ausziehen		
Jugendliche (14 - 17 Jahre)	316,00 Euro	322,00 Euro
Kinder (6 - 13 Jahre)	296,00 Euro	302,00 Euro
Kinder (0 - 5 Jahre)	240,00 Euro	245,00 Euro

Die Zahlen sind so zu verstehen, dass aus dem jeweiligen Regelbedarf praktisch alle Kosten außer nebst Nebenkosten angemessener Grundmiete und Heizkosten beglichen werden müssen. Kosten für Haushaltsstrom, Internet, Telefon oder Fernsehen sind bereits im Satz enthalten.

sung ausreichen. Nur welchem Leistungsberechtigten werden diese Möglichkeiten bekannt sein? Wie wird das JobCenter auf Anträge reagieren, die vom Alltäglichen abweichen? Und wann? Der Autor fürchtet aus langjähriger Beratungspraxis die Antworten zu kennen. Im Ergebnis bestehen im Normalfall schlechte Chancen, gegen eine Mietkautionaufrechnung vorzugehen.

**Grenze der angemessenen Miete**

Bei den Mietobergrenzen in Essen hat sich seit dem 1. März 2018 nichts mehr getan. Sie sind nach wie vor nach einem „schlüssigen Konzept“ bemessen, dass das Bundessozialgericht vor zehn Jahren der Stadt Essen zu haben bescheinigt hat. Darauf beruft sich die Stadt heute noch. Dies obwohl sich bei der Bemessung der Miete alle Grundlagen (Mietspiegel, Betriebskostenspiegel, Berechnungsweise) und nicht zuletzt der Wohnungsmarkt in Essen grundlegend verändert haben. Berichteten in der Beratung vor zehn Jahren nur einzelne Beratungssuchende, dass trotz intensiver Suche in den Grenzen der Stadt Essen nirgends Wohnraum zu bekommen sei, so war dies im Jahr 2018 hundertfach die Regel. Das stimmt nachdenklich.

Es geht nicht, wie städtisch gedacht, um eine kleine Minderheit Berechtigter, die keine Lust zur Wohnungssuche haben. Von dem Problem sind alle Leitungsberechtigten betroffen, die die Wohnung wechseln müssen oder dies aus berechtigten Gründen wollen.

Diese Umstände geben allen, deren Miete lediglich gekürzt übernommen wird, Anlass, sich in einer der kostenfreien Beratungsstellen beraten zu lassen. Dies gilt auch und gerade dann, wenn die Miete nach einem früheren ungenehmigten Umzug nur in Höhe der früheren Miete übernommen wird. Hier lässt sich oft eine Leistungsverbesserung erreichen.

Offene Hartz4-Beratungen

- Montags, 9.30 - 11.30 Uhr**  
Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Altendorf, mit RA Carsten Dams
- Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)**  
Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Altendorf
- Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Altenessen
- Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Frohnhausen
- Dienstags, 13.30 - 15.30 Uhr**  
Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Carsten Dams
- Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Huttrop
- Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Überryhr
- Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr**  
Friedrich-Uhrlichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Innenstadt
- Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr**  
Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Innenstadt, mit RA Carsten Dams
- Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr**  
Bürgerzentrum KonTakt, Katernberger Markt 4, Katernberg, mit RAin Gabriele Junker
- Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Werden
- Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr**  
Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RAin Gabriele Junker
- Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Borbecker Platz 5, Borbeck, mit RA Jan Häußler
- Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Ev. Gemeindezentrum Königssteele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Steele, mit RA Carsten Dams
- Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr**  
Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Innenstadt

## Dein gutes Recht

von Jasper Prigge

**„Wildes“ Plakatieren**

Das Bekleben von Stromkästen, Schaufenstern oder Bushaltestellen mit Plakaten kann eine strafbare Sachbeschädigung nach § 303 StGB darstellen. Werden sie mit Kleister befestigt, wird dies in aller Regel so sein. Mit Tesafilm, bei dem sich ein Plakat ohne große Mühe rückstandslos entfernen lässt, erscheint dies weniger naheliegend.

Neben einem möglichen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren besteht auch eine zivilrechtliche Haftung. Der Berechtigte hat einen Anspruch auf eine Entfernung der Plakate und kann gegebenenfalls die Kosten ersetzt verlangen. Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf Unterlassung einer zukünftigen Beeinträchtigung, der im Wege einer außergerichtlichen Abmahnung geltend gemacht wird. Ob eine Abmahnung berechtigt ist oder ob eine Unterlassungserklärung abgegeben wird, sollte immer durch einen Rechtsanwalt geprüft werden.

Werden Plakate an Laternen oder Bäumen befestigt, wird das Ordnungsamt sie kostenpflichtig entfernen und ein Bußgeldverfahren einleiten. Belangt werden können die Personen, die die Plakate anbringen, aber auch der Veranstalter als Auftraggeber. Für bestimmte Zwecke, zum Beispiel für gemeinnützige Veranstaltungen, kann eine Sondernutzungserlaubnis beantragt werden, die von der Gemeinde gegen eine Gebühr erteilt wird.

**Öffentlichkeitsarbeit der Polizei**

Die Polizei Essen hatte im Mai 2018 mehrere Fotos einer Kundgebung des Bündnisses „Essen stellt sich quer“ in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Auf diesen waren auch Personen abgebildet, die an der Versammlung teilnahmen, darunter meine Mandanten. Die Polizei war der Auffassung, diese Form der Öffentlichkeitsarbeit sei zeitgemäß und zulässig.



Jasper Prigge ist Rechtsanwalt in Düsseldorf. Die aufgeführten Ratschläge und Urteile können auf [www.jasperprigge.de](http://www.jasperprigge.de) nachgelesen werden.

Eine Vielzahl von Polizeibehörden nutzt soziale Netzwerke. Das Urteil vom 23.10.2018 stellt klar, dass auch eine zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit bei Facebook und Twitter keine Rechtfertigung für Grundrechtseingriffe ist.

**DIE LINKE erhebt Dienstaufsichtsbeschwerde**

# Was macht die Polizei bei den „Steeler Jungs“?

Seit dem Frühjahr 2018 patrouillieren die „Steeler Jungs“ regelmäßig durch das Stadtteilzentrum. Die bürgerwehähnliche Gruppe hat Verbindungen zur Hooligan- und Rocker-Szene und zu Neonazis. Breiter bekannt wurden sie nach einem Angriff auf die Kneipe „Freak Show“ am Grendplatz, ausgerechnet am Vorabend des 20. April, dem Tag, der in rechten Kreisen als „Führers Geburtstag“ gefeiert wird. Damals zeigte sich die Polizei ahnungslos über den Charakter dieser Gruppe.



Ein Polizist in Uniform inmitten der „Steeler Jungs.“ Name und Dienstgrad sind der Redaktion bekannt

Das Vorgehen der Essener Polizei während der als „Spaziergänge“ verharmlosten Aufmärsche wirft Fragen auf. Frühzeitig wurden die unangemeldeten Versammlungen von der Polizei begleitet. War den Behörden in Wahrheit bereits klar, um wen es sich handelt? Wenn ja, warum mussten die „Steeler Jungs“ ihre Aufmärsche noch bis November 2018 nicht anmelden? Für das neu gegründete antifaschistische Bündnis „Steele bleibt bunt“ gab es

für seine Gegenveranstaltungen keine Ausnahmen vom Versammlungsrecht. DIE LINKE fragt: Wurde hier mit zweierlei Maß gemessen? Würden hier, weil man sich kennt und schätzt, beide Augen, vor allem das rechte, zugedrückt?

Auffällig war auch das Verhalten einzelner Polizeibeamter. Diese schienen sich sehr gut mit den Teilnehmenden der rechten Versammlungen zu verstehen. Insbesondere begrüßte der Beamte Andreas W. die „Steeler Jungs“ wöchentlich persönlich mit

Handschlag und Vornamen. Gegenüber Teilnehmenden der Gegenveranstaltung gab er an, Mitglieder der „Steeler Jungs“ seit Jahren zu kennen. Beim „Weihnachtssingen“ der „Steeler Jungs“ im Dezember zeigte er sich in Uniform mittendrin. DIE LIN-

KE fragt: Warum posiert ein Polizeibeamter im Dienst mit den Rechten? Ist der Dienstherr mit solchen Auftritten einverstanden?

Derselbe Polizeibeamte begleitete auch den „Spaziergang“ im Oktober, an dem ein Teilnehmer der Gegenkundgebung ins Gesicht geschlagen und in den Bauch geboxt wurde. Einem offenen Brief des Bündnisses „Steele bleibt bunt“ an den Polizeipräsidenten ist zu entnehmen, dass ein Polizist sich während des Übergriffs in unmittelbarer Nähe befand. Hat er wirklich nichts gesehen? Wollte er den Übergriff nicht sehen, vielleicht aufgrund seiner Beziehungen zu den Tätern?

Solche Fragen brennen allen auf der Seele, denen der Zustand unserer Demokratie nicht egal ist. Denn die Bevölkerung muss sich darauf verlassen können, dass die Polizei die Grundrechte schützt, statt die rechten Umtriebe zu fördern.

Vor 14 Jahren verbrannte der Asylsuchende Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau. Erst am 17. September 2018 verbrannte der Syrer Amed A. in einer Gefängniszelle in

Kleve, in die er aufgrund einer Verwechslung geraten war. Beide sollen sich selbst angezündet haben; die Aufklärung steht in beiden Fällen aus.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde bekannt, dass sich Frankfurter Polizeibeamte über WhatsApp Bilder mit rechtsradikalem Inhalt geschickt haben. Zudem sollen sie an einem Drohbrief an eine Anwältin ehemaliger NSU-Opfer beteiligt gewesen sein, der mit „NSU 2.0“ unterzeichnet war.

Auch der NSU-Skandal selbst ist zu nennen, in dessen Verlauf diverse Behörden Akten schredderten und damit die Aufklärung über das NSU-Netzwerk verhinderten. Im Umfeld der NSU-Ermittlungen wurde bekannt, dass Polizeibeamte aus Baden-Württemberg einen „Klulux-Klan“ gebildet hatten.

**Die Polizei braucht die Beobachtung aus der Zivilgesellschaft, damit solche Tendenzen sich nicht verfestigen. Auch in Essen, sehr geehrter Herr Polizeipräsident, ist es noch nicht zu spät. Sorgen Sie für Aufklärung!**

## Den Rechten den Kampf ansagen!

Instabilität prägt das politische Bild in Deutschland. Der ausufernde Neoliberalismus mit seinen verheerenden Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der unteren Klassen hat in den letzten Jahren den Boden für eine massive Zunahme rechter Straßenbewegungen bereitet.

von Hanna Mamat und Nicolas Stuhfauth

In Steele ist seit Monaten die Hooligan-Gruppierung „Steeler Jungs“ unterwegs. Schon im Frühjahr letzten Jahres hatte das rechte Bündnis „Eltern gegen Gewalt“ unter dem Vorwand, „unsere“ Frauen und Kinder vor Übergriffen durch „kriminelle Migranten“ schützen zu wollen, in Steele demonstriert. Auch in der Essener Innenstadt gab es rassistisch motivierte Versammlungen, unter anderem eine von „Gelbwesten“.

Eindeutig ein Projekt Rechtsradikaler, die sich intern unverhohlen antisemitisch äußern, Hitler verehren und den Holocaust relativieren. Ende des Jahres riefen die „Patrioten NRW“ unter dem Alibithema der Dieselfahrverbote zu einer Kundgebung auf.

Zudem dominiert die AfD mit dem Thema Migration und Flüchtlinge seit Jahren den öffentlichen Diskurs. Sie ist zum Sammelbecken für Rassisten und Faschisten geworden, ermuntert rassistische Gewalttäter und gibt lokalen rechten Gruppierungen Schutz und Rückendeckung. Sie fungiert als parlamentarischer Arm einer rechten Straßenbewe-

gung, die zunehmend militant bis terroristisch agiert. Umgekehrt haben rassistische und faschistische Straßenkämpfe dem rechten, faschistischen Flügel innerhalb der AfD Macht und Einfluss verschafft.

In der Silvesternacht gab es einen rechten Terroranschlag in Bottrop und Essen,



Das überparteiliche Bündnis „Essen stellt sich quer“ organisiert vielfältige Aktionen gegen die Gefahr von rechts

bei dem der aus Essen stammende Andreas N. sein Auto als Waffe einsetzte. Dabei lenkte er sein Fahrzeug gezielt in Gruppen von Menschen mit „ausländischem“ Aussehen. In Bottrop wurden mindestens vier Menschen verletzt, darunter auch ein Kind. Eine 46-jährige schwedische zeitweise in Lebensgefahr. Danach setzte der Täter seine Fahrt in Essen fort und versuchte zwei weitere Male Menschengruppen zu überfahren, die sich glücklicherweise in Sicherheit

bringen konnten. Viele der Attackierten stammen aus Syrien und Afghanistan. Bei seiner Festnahme gab Andreas N. an, die vielen Ausländer seien ein „Problem“ für Deutschland. Dieses habe er lösen wollen. Damit ist klar: Der mutmaßliche Täter hat in rassistischer Tötungsabsicht gehandelt.

Wir müssen verhindern, dass sich solche Anschläge wiederholen und rechte Parteien und Bewegungen weiter erstarken. Wir brauchen Strukturen für einen vielschichtigen, antirassistischen Gegenprotest. Grund-

lage dafür müssen breit aufgestellte Bündnisse sein, die unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kräfte vereinen. Gemeinsame Grundhaltung muss sein, dass Rassisten und Faschisten, egal unter welchen Bedingungen, an Ort und Stelle mit Protesten konfrontiert werden müssen. Ziel muss es sein, an jedem Ort Aufklärungsarbeit zu leisten und ein Klima zu schaffen, das die Rassisten vom Rest der Bevölkerung isoliert und ihnen deutlich macht, dass sie nicht erwünscht sind. Keinen Fußbreit für Rassismus und Faschismus!

Ein kleiner Blick in die Zukunft: Hier haben wir Meldungen zusammengetragen, die im Laufe des Jahres Wirklichkeit werden – oder zumindest sollen. Unsere besten Neujahrswünsche eben. Leider – so muss man fürchten – werden viele davon nicht eintreten. Aber Träumen kann man doch mal, oder? Jedenfalls haben das unsere Autoren Wilfried Bieneke, Ralf Fischer, Stefan Hochstadt und Michael Steinmann getan. Hier das Ergebnis:

## Sozialpolitik I Hartz-4-Sanktionen abgeschafft

**Wer Hartz4 bezieht, musste bislang jederzeit mit Sanktionen rechnen. Doch das ist vorbei! Die Sanktionen sind endlich abgeschafft!**

Von „einfach nicht zeitgemäß“ bis „verfassungswidrig“ reichten die Einschätzungen über die weitverbreitete Praxis, Hartz4-Beziehenden für alle möglichen tatsächlichen oder behauptete Fehlverhalten mit Geldabzug zu bestrafen. Wobei dabei häufig auf das diffamierende Vorurteil „die sind eh zu faul zum Arbeiten“ zurückgegriffen wurde. Ein Vorurteil, das dann vielfach zu augenscheinlich willkürlichen Sanktionen führte, nur um Erwerbslose zu schikaniaieren. Rund 70 Prozent der Sanktionen wurden für so genannten „Meldeversäumnisse“ ausgesprochen. Dies konnte

ein nicht eingehaltener Gesprächstermin sein, aber auch ein Termin, der wegen verspäteter Benachrichtigung nicht wahrgenommen werden konnte. Immer wieder wurde berichtet, dass Einladungsschreiben erst am Vortag oder am Tag des Gesprächstermins die Eingeladenen erreichten. Sanktionen wurden auch wegen „fehlender Mitwirkung“ ausgesprochen, weil auf sonderbare Weise immer wieder Unterlagen auf dem Postweg verloren gingen. Der Versuch, sie persönlich abzugeben, wurde oft genug gezielt sabotiert. So wurden seitens der Mitarbeiter\*innen der Jobcenter schriftliche Bestätigungen zur Übergabe der Unterlagen verweigert. Dieses Verhalten dürfte jedoch kaum auf persönliche Präferenzen der Mitarbeiter zurückgegangen sein, sondern seine Ursache in internen Dienstweisungen haben.

Oft wurden „Arbeitsverweigerungen“ unterstellt, wenn die angebotene Beschäftigung in Wahrheit unzumutbar war. Dabei hielt das simple Stigma des „Die sind bloß zu faul zum arbeiten“ den Fakten meist nicht stand. Das traf zum einen studierte Informatiker\*innen, die zuletzt zehn Jahre als Netzwerk-Systemadministrator gearbeitet hatten und nun zu Weiterbildungskursen über die „Grundlagen des Umgangs mit Computern“ zwangsverpflichtet wurden. Oder es traf Menschen, die sinnlose 1-Euro-Jobs ablehnten, bei denen immer wieder gebrauchte Puzzlespiele gelegt werden mussten, um diese auf Vollständigkeit zu prüfen.

Dass das mit dem Beschluss des Verfassungsgerichts vom 1. April 2019 jetzt ein Ende hat, freut viele. „Ein längst überfälliger Schritt“, so ein Betroffener nach Bekanntwerden des Urteils.

## Verkehrspolitik I Neuanfang im Nahverkehr

**2019 wird endlich die komplette Neustrukturierung der Verkehrsbetriebe in Gang gebracht. Der Verkehr muss städteübergreifend fließen, das wird endlich im ganzen Ruhrgebiet verstanden. Die „Verkehrsbetriebe Ruhr“ werden am 1. Januar 2020 als gemeinnützige Stiftung an den Start gehen.**

Alle Beschäftigten erhalten ein besonderes Mitspracherecht. Alle Nutzerinnen und Nutzer können sich beteiligen und so die Verkehrspolitik mitbestimmen. In allen Städten und in der Region haben sich bereits Gruppen gebildet, die die Erfordernisse ihrer Nachbarschaft am besten kennen und diese Kompetenz in die Verkehrsdebatte einbringen wollen. Erste Delegiertenversammlungen haben bereits stattgefunden. Im Herbst steht die zentrale Gründungsversammlung an, in der die Urwahl der Betriebsleitung aus der Mitte der Beschäftigten für fünf Jahre auf der Tagesordnung steht.

Die große Mehrheit der Beteiligten plädiert für einen kostenlosen Nahverkehr. Ein werbewirksamer Slogan ist auch schon gefunden: Es ist Deine Bahn - nutze sie! Über die Finanzierungsmodelle wird noch beraten.

auf allen Linien drastisch verkürzt. Nicht nur zu Hauptverkehrszeiten fahren die Busse und Bahnen nun im 5-Minuten-Takt, sondern auch an den Tagesrandzeiten, so dass man sogar spät abends noch sicher und gut nach Hause kommt - wie wir das aus anderen Großstädten schon kannten. Die Nachtlinien fahren nun die ganze Woche über.

Um das zu ermöglichen, hat die Stadt Essen noch vor den ersten Fahrverboten gehandelt und auf allen mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen eigene Busspuren eingerichtet. Seitdem ist der Verkehr stark zurückgegangen, und die Busse kommen endlich schnell und sicher voran. Wo sich noch die Straßenbahnen den Platz mit den Autos teilen müssen, bekommen sie eine Ampelvorrangschaltung. Sobald sich eine Straßenbahn einer Kreuzung nähert, schaltet die Ampel für sie auf grün, so dass die

ewigen Verspätungen endlich der Vergangenheit angehören. In erheblichem Umfang wird nun mit Unterstützung von Bund und Land die Infrastruktur erneuert. Sämtliche früher existierenden Straßenbahnverbindungen sollen wo immer möglich wiederhergestellt werden, um die großen Lücken im Netz zu schließen, die erst in den 1960er und 1970er Jahren entstanden sind. Den historischen Fehler zu korrigieren, diese Strecken zugunsten des Autoverkehrs zu schleifen, begrüßt die Stadtgesellschaft mit großem Applaus.

## Wohnungsbaupolitik Preiswerter mieten!

**Endlich beschließt die Stadt Essen, dass dem Altbau nicht länger die Gewinne entzogen werden, um den kommunalen Haushalt mitzufinanzieren. Stattdessen werden die Mittel dazu genutzt, den dringend benötigten bezahl-**

baren Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, dass Eigentümer ihre mit öffentlichen Fördermitteln gebauten Wohnungen erst nach mindestens 30 statt bisher 15 Jahren am Markt platzieren dürfen.

So erhält Essen eine Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum (Sozialquote), die zunächst bei 30 Prozent, in einer weiteren Phase bei 50 Prozent je Bauvorhaben liegt.



Headlines, die wir im neuen Jahr lesen wollen:

# Die größten Kracher

## Modellstadt Essen – ab in die Zukunft!

**Es ist eine Erfolgsgeschichte. In der kurzen Zeit, die seit Beginn der Maßnahmen vergangen ist, hat zeigt sich bereits eindrucksvoll, wie gut die Stadt und den hier lebenden Menschen tut.**

Die Luft ist viel sauberer geworden, weil viel weniger Autos durch die Straßen fahren. Die Zufriedenheit mit den Verkehrsbetrieben Ruhr ist signifikant höher als mit den bisherigen Verkehrsunternehmen. Die Fahrzeuge sind endlich in einem guten Zustand, und ermöglichen eine komfortable und zuverlässige Fahrt. Die Zahl der zugelassenen PKW geht bereits zurück.

Die Menschen entdecken ihre Stadt neu und genießen die Fahrten auf dem Fahrrad, egal ob in ihrer Freizeit oder auf dem Weg zur Arbeit. Spaziergänge zu Fuß machen wieder Spaß und erleben eine echte Renaissance. Die Stadt wird gesünder! Weil erkennbar weniger Autos auf den Straßen und Plätzen abgestellt werden, gründen sich erste Initiativen, die weitergehen wollen und neue Stadtplätze schaffen wollen, manche mit Gastronomie, andere ohne kommerzielle Nutzung, alle mit unmittelbarer erlebbarer Aufenthaltsqualität. Der Einzelhandel, der anfangs sehr in Sorge war, dass Umsatz einbußen hingenommen

wurden müssten, wenn die Menschen nicht mehr so einfach mit dem Auto vorfahren können, stellen überrascht fest, dass das Gegenteil der Fall ist. Die meisten Einkäufe sind ohnehin Taschenkäufe und fanden auch früher schon oft ohne Auto statt. Die früheren Kofferraumkäufe gibt es nach wie vor, werden aber öfter mit einem der vielen Lastenräder durchgeführt, die überall unentgeltlich ausgeliehen werden können.

Mancher Verkehr lässt sich aber nicht vermeiden. Paketdienste, Krankenfahrten und Gütertransporte finden immer häufiger elektrisch statt. Allerorten gibt es Nachbarschaftsannahmestellen, wo Pakete bis spät abends wohnortnah abgeholt werden können. Güterverkehre werden nach Möglichkeit auf Umschlagplätzen vor der Stadt in elektrisch betriebene Kleinlastler umgeladen, die jeweils ein Stadtviertel versorgen. So fahren nicht mehr alle Paketdienste nacheinander durch dieselbe Gegend. So wird der Verkehr nicht nur leiser und sauberer, sondern auch effizienter und kostengünstiger. Essen wird in kurzer Zeit zur bundesdeutschen Modellstadt.

Die Schadstoffbelastungen gehen so sehr zurück, dass inzwischen sogar die härtesten Sceptiker nicht mehr umhin können, den Erfolg der Maßnahmen anzuerkennen. Inzwischen stellt sich ein unerwarteter, aber sehr willkommener Nebeneffekt ein: Es kommen immer mehr Menschen in unsere Stadt, die von uns lernen wollen und sich überzeugen wollen, dass hier die Dinge wirklich anders laufen. Diese Besucher\*innen, die hier übernachten, hier essen und trinken, finden fast 600.000 Botschafterinnen und Botschafter, die



sich alle bestenfalls wundern, warum wir das nicht viel früher getan haben.

## Sozialpolitik II JobCenter: Bescheid fehlerfrei!

**Agnes und Anton A. trauen ihren Augen nicht: Ihr Hartz4-Bescheid ist tatsächlich fehlerfrei. Die Adresse stimmt! Der richtige Regelsatz steht drin! Die Wohnungskosten sind richtig berechnet! Die neue Waschmaschine wurde anerkannt! Auf drei Seiten nicht mal ein Tippfehler! Was war geschehen?**

Als Agnes und Anton A. aus einer (hartz-)4-minütigen Ohnmacht erwachten, brabbelten sie nur unverständliches Zeug: 31,7 Prozent Fehlerquote! Über 3.000 Widersprüche. 955 zurückgenommene Hartz4-Bescheide wegen fehlerhafter Rechtsanwendung. Jeder dritte Bescheid falsch. Und so weiter. Der Hausarzt musste kommen und verabreichte Beruhigungstropfen. Wir haben das mal nachgeprüft. Nach einer halbamtlichen Statistik lag das JobCenter Essen auf Platz 3 der fehlerreichsten Ämter! Vor dem JobCenter Essen mit einer Fehlerquote mit 31,7 Prozent liegen nur noch das JobCenter Ingolstadt mit einer Fehlerquote von 39,5 Prozent und auf Platz 1 das JobCenter im Landkreis Oder-Spree. Von

den knapp 300.000 Widersprüchen bundesweit erreichten 3.008 Widersprüche das JobCenter Essen. Die Erfolgsquote von Widersprüchen gegen das JobCenter liegt bei knapp 40 Prozent. Dass diese Quote nicht noch höher ist, liegt daran, dass über die Widersprüche in den JobCentern keine unabhängige Entscheidende sitzen, sondern weisungsgebundene



Mitarbeiter\*innen. Doch da war er nun, diese Rarität, dieser Diamant unter den Bescheiden. Eine Alien-Landung im RWE-Stadion hätte we-

niger Herzklopfen erregt. Soll das jetzt etwa Schule machen? Arbeitsplätze von Anwälten und Richtern gefährden? Planstellen vernichten? Ist das sozialverträglich? Wo wird das noch hin führen?

Agnes und Anton A. sind auf

## Verkehrspolitik II Strampeln für das gute Leben!

**Wo immer möglich werden Fahrradstraßen eingerichtet und so ausgestattet, dass es wirklich**

über ungepflegte Randstreifen fahren zu müssen. Auf allen Hauptstraßen werden breite, farblich markierte Fahrradstreifen auf die Fahrbahn verlegt, so dass dort das Radfahren nun wirklich Spaß macht, weil endlich genügend Platz vorhanden ist.

Auf allen Nebenstraßen wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h reduziert. Da die Einhaltung regelmäßig kontrolliert wird, halten sich die allermeisten Autofahrenden inzwischen auch daran - zum Vorteil der Menschen, die dort wohnen. Eigene Fahrradwege sind hier überflüssig.

dem Wege der Besserung. Doch wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll es in Essen zu weiteren Ungeheuerlichkeiten dieser Art gekommen sein. Lesen sie dazu auch den Bericht „Kornkreise in Stoppenberg gesucht. Mittendrin: Fehlerlose Hartz4-Bescheide“.

Die größten Butterbrotshierarchien werden in der Stadt getragen, der Betrieb wird von den Nutzerinnen und Nutzern übernommen. Um die unterschiedlichen Bedarfe zu bedienen, gibt es unterschiedliche Modelle mit angepasster Kapazität.

In keiner anderen Stadt im Land gibt es so viele Fahrradhäuserchen wie hier - viele übrigens auf Plätzen mit einer angebauten Sitzgelegenheit, wo man auch im Regen trocken und im Sommer im Schatten sitzen kann.

Anstelle des abgerissenen Bahnhofsbaus am Hauptbahnhof Essen wird ein mehrstöckiges Fahrradparkhaus errichtet. Die Benutzung ist kostenfrei. Seitdem pendeln doppelt so viele Bahnfahrende mit dem Fahrrad zum Zug.



Hier noch einige Kurzmeldungen, die es nicht in das ausführliche Kuriositätenkabinett geschafft haben, aber immer noch interessant genug für eine Veröffentlichung sind

### Nachrichten aus der Zukunft

#### RWE: Grünkohl statt Braunkohle

Ein durchschlagender Erfolg der Braunkohlegegner zeichnet sich ab. RWE verzichtet auf den Braunkohleabbau. Kern des Kompromisses: Der Hambacher Forst wird gerodet, damit RWE dort Grünkohl anbauen kann. Ein Konzernsprecher gegenüber der Redaktion: „Nach dem Ende der Braunkohleförderung muss der Konzern ja von irgendwas leben. Und Grünkohl geht immer!“

#### NOLympia an Rhein und Ruhr

2032 sollten die Olympischen Spiele hier stattfinden. Angeregt hatte dies im April 2018 eine privatwirtschaftliche Initiative, die sich „Rhein Ruhr City 2032“ nennt. So heißt in Wahrheit eine gewinnorientierte GmbH mit Sitz in Essen und einer Adresse auf Zollverein. 14 Kommunen, auch die Stadt Essen, verschiedene Sportfunktionäre und Ministerpräsident Laschet ließen sich einspannen. Doch im Ruhrpott glaubt keiner mehr an den Osterhasen. Ein Volksbegehren stoppte den feuchten Traum aller Geschäftemacher - NOLympia an Rhein und Ruhr!

#### Rat beschließt Obergrenze

Wirtschaftsflüchtlinge aus Essen müssen ihre maßgeschneiderten Gürtel enger schnallen, Steuerschleuser aus der Mittelklasse womöglich ihr Drittflugzeug verschleudern. Weiter ist geplant, Wirtschaftskapitänen und Steuerministern, die auf dem Baldeneysee cruisen, die Rückkehr an Land zu verwehren, sobald die sich verflüchtigte Steuerlast die Millio-nengrenze überschreitet.

#### Arbeit für ein Butterbrot

Eine Pflegekraft pro unnötiger Operation, zehn pro Opfer von multiresistenten Keimen. Viel Verkehr gibt es neuerdings vor den Krankenhäusern unserer Stadt. Sonderzüge bringen zusätzliche Pflegekräfte, die Ruhrbahn setzt zusätzliche Shuttles ein. Für eine Übergangszeit werden die neuen Pflegeinnen und Pfleger in Aufanglagern untergebracht. Für das Catering wird in Kürze hier die größte Butterbrotshierarchie aufgebaut. Essen erhält damit automatisch den Ehren-titel „Butterbrotstadt Europas“. Es geht eben nicht über ein echtes Butterken!

#### Abordnung der SPD

Eine große Delegation der örtlichen SPD reist zu Willy Brandts Grab nach Berlin-Zehlendorf, um die Rotation seines Leichnams zu stoppen, ohne Erfolg. Wie regelmäßige Friedhofsbesucher berichtet hatten, ruhmort es im Grab ununterbrochen seit vierzehn Jahren, und niemand weiß warum.

## Und was macht Niema sonst so?

### Delegation in Israel und Palästina

Vom 1. bis 7. Dezember 2018 besuchte Niema Movassat gemeinsam mit einer Delegation der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Israel und Palästina.

Sie kamen durchaus mit den pluralen Sichtweisen dorthin, die die demokratische Linke in Deutschland ausmachen. Sie trafen unter anderen Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft sowohl in Israel, als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Darunter waren auch die israelischen Organisationen „Breaking the Silence“ und „B'Tselem“, die aus israelischen Regierungskreisen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden und denen vorgeworfen wird, anti-israelisch zu handeln. Diese Anschuldigungen weisen die Abgeordneten zurück.

Die Organisationen beschäftigen sich mit der Menschenrechtssituation in Israel und Palästina. Sie kritisieren vor allem auch die negativen Auswirkungen der israelischen Besatzungspolitik, dies immer auf der Basis des Völkerrechts. Movassat: „Kritik an der (eigenen) Regierung ist die ureigene Rolle von Zivilgesellschaft und ein Grundpfeiler jeder funktionierenden Demokratie.“

### Schritt in den Polizeistaat

Der Landtag NRW verabschiedete das schärfste Polizeigesetz der Geschichte unseres Bundeslandes: Ausbau der Videoüberwachung, Staatsstrojaner, Einführung der Fußfessel, Schleierfahndung, Einsatz von Teasern, bis zu 14 Tage Polizeigewahrsam.

Die SPD sieht es als ihren Erfolg, das Gesetz entschärft zu haben. „Das ist ein schlechter Witz! Dieses Gesetz ist ein massiver Eingriff in die Freiheitsrechte der Menschen“, erklärt MdB Niema Movassat, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Rechtsausschuss des Bundestages.

Movassat weiter: „Die nordrhein-westfälische Polizeigesetzgebung reiht sich in eine bundesweite Orgie von Polizeirechtsverschärfungen ein, die das Ziel hat, den Sicherheitsbehörden mehr Macht zu geben. Dies geht zu Lasten der Freiheit der Bevölkerung. Es ist dramatisch, dass die NRW-SPD im Gegenzug für ein paar faule Deals zugestimmt hat. Sie schreibt sich auf die Fahnen, den Begriff der ‚drohenden Gefahr‘ aus dem Gesetz gestrichen zu haben. Doch das ist vor allem eine redaktionelle Änderung, denn im Fall (mutmaßlicher) drohender terroristischer Gefahren darf die Polizei eingreifen. Auch der Polizeigewahrsam wird deutlich verlängert. Wichtig ist zu betonen, dass in den Fällen des Polizeigewahrsams noch gar keine Straftat vorliegt – und trotzdem können Menschen, die ‚auffällig‘ werden, für einen Monat eingesperrt werden. Das ist inakzeptabel.“



## Auf dem Weg zum Volksbegehren

# Deutsche Wohnen & Co. vergesellschaften!

Die Berliner LINKE hat auf ihrem Parteitag beschlossen, die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ bei ihrem geplanten Volksbegehren zu unterstützen. Die Initiative fordert ein Gesetz zur „Überführung von Immobilien sowie Grund und Boden in Gemeineigentum zum Zwecke der Vergesellschaftung nach Art. 15 Grundgesetz“. Warum ist das Anliegen richtig und auch rechtlich möglich?

von MdB Niema Movassat

Das Grundgesetz kennt zwei Vorschriften, die – alltagssprachlich gesagt – die Wegnahme des privaten Eigentums ermöglichen. Zum einen die Enteignung nach Art. 14 Abs. 3 GG und zum anderen die Vergesellschaftung nach Art. 15 GG. Enteignungen finden gar nicht so selten statt. Muss beispielsweise eine neue Stromtrasse zwingend durch ein privates Grundstück führen, so kann eine Enteignung notwendig werden. Die Enteignung selbst muss zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen. Die Enteigneten sind „angemessen“ zu entschädigen.

### Artikel 15 Grundgesetz – Sozialismus pur?

Allerdings zielt die Berliner Initiative auf den Vergesellschaftungsartikel des Art. 15 GG. Darin heißt es im ersten Satz: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Dieser Satz hat es in sich. Er

ist der entscheidende Grund dafür, dass seit jeher die Frage offen ist, ob und inwieweit das Grundgesetz eine andere Wirtschaftsordnung erlaubt. Die Forderung nach der Vergesellschaftung von Gemeinschaftsgütern ist schließlich Kern sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Erstaunlich ist die Entstehung des Art. 15 GG. Über die Notwendigkeit, Vergesellschaftungen zu ermöglichen, bestand eigentlich Konsens. Wie die Formulierung genau lauten sollte und wie eine solche Norm ausgestaltet werden soll, war aber Gegenstand kontroverser Debatten im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz ausarbeitete und beschloss. Die weitergehenden Forderungen nach Vergesellschaftung seitens der KPD fanden damals keine Mehrheit. Doch selbst das „Ahlener Programm“ der CDU von 1947, zwei Jahre vor Inkrafttreten des Grundgesetzes, stellte in seiner Präambel fest: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Das Programm erklärte die „Bedarfsdeckung des Volkes“ zum künftigen „Ziel aller Wirtschaftspolitik“ und forderte „die Vergesellschaftung der Bergwerke“ und der Montan-

industrie, industrielle Entflechtungen und allgemeine Mitbestimmung.

### Offen für eine andere Wirtschaftsordnung

Belegt wird diese prinzipielle Aufgeschlossenheit der meisten politischen Kräfte vor allem durch die durchgängige Verankerung von Sozialisierungsbestimmungen in einigen Landesverfassungen, die vor dem Grundgesetz in Kraft traten. So gesehen kommt Art. 15 GG aus einer anderen Welt: einer Zeit, in der fast alle politischen Kräfte einig waren, dass Vergesellschaftungen notwendig sind. Art. 15 GG eröffnet den Raum für eine wirtschaftsverfassungsrechtliche Umformung des produktiven Eigentums. Dies ist, wohlgeachtet, die herrschende Deutung dieses Artikels und keine linksradikale Auslegung. Selbst das Bundesverfassungsgericht nimmt eine „wirtschaftspolitische Neutralität“ des Grundgesetzes an.

Art. 15 GG ist geprägt von der Entscheidungsfreiheit des Staates über die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Gütern. Der Staat muss deshalb auch nicht in Höhe des Verkehrswertes entschädigen, anders als bei Art. 14 Abs. 3

GG, wo die Entschädigung dem Wert der Sache entsprechen muss. Einfacher ausgedrückt: Eine Vergesellschaftung nach Art. 15 GG ist für den Staat preiswerter als eine Enteignung nach Art. 14 Abs. 3 GG.

### Ist das Volksbegehren umsetzbar?

Obwohl der Art. 15 GG noch nie zur Anwendung kam, muss die Antwort auf diese Frage sehr simpel ausfallen: Art. 15 GG dürfte die Forderungen des Begehrens vollumfänglich ermöglichen. Wäre das Volksbegehren erfolgreich, würde dennoch juristisch absolutes Neuland betreten.

Das Grundgesetz enthält eine Aufzählung von „Vergesellschaftungsgegenständen“. Los geht sie mit „Grund und Boden“. Den Verfassungsgebern hatten zweifellos das Immobilienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches vor Augen, als sie diese Begriffe in das Grundgesetz schrieben. Damit sind die wesentlichen Bestandteile eines Grundstücks, also auch die mit dem Grund und Boden fest verbundenen Sachen wie Gebäude gemeint. Das ist auch schon der Volltref für das Volksbegehren: die

Grundstücke und Immobilien der großen Unternehmen. Die Gebäude und Grundstücke, die im Eigentum der Deutschen Wohnen und Co. stehen, sind ein tauglicher Vergesellschaftungsgegenstand.

Eine Vergesellschaftung nach Art. 15 GG ist nur erlaubt, wenn sie der Überführung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft dient. Es bedürfte tatsächlich tiefergehender Diskussion, was darunter im Detail zu verstehen ist. Es dürfte übrigens das einzige Mal sein, dass juristische Standardfachliteratur hier sogar das Kommunistische Manifest heranzieht, um sich an einer Auslegung dieser Begriffe zu versuchen. Unstrittig dürfte sein, dass es sich dabei um eine Form der anschließenden „Bewirtschaftung“ handeln müsste, die nicht profitorientiert ist.

Von größter Bedeutung ist die Klärung der Frage, wie die Entschädigung auszusehen hat. Hier wird auch die Frage der Reichweite des Eigentumsschutzes relevant werden. Inwieweit können sich die großen renditeorientierten Aktiengesellschaften, die mit menschlichem Wohnraum die höchste Gewinnmaximierung anstreben, als zu schützende, grundrechtssensible Akteure gerieren?

Der Mütter und Väter des Grundgesetzes haben die Möglichkeit der Vergesellschaftung explizit vorgesehen. Vor Augen hatten sie eine Situation, in der Konzerne nicht mehr die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen decken können. Dies trifft auf viele Großstädte zu, in denen große Wohnungs-Aktiengesellschaften Wohnraum teuer vermieten und viele Menschen keine Wohnung finden. Es ist an der Zeit, Art. 15 GG zu aktivieren – und wo passt dies besser als in einer der entscheidendsten sozialen Frage in den Städten Deutschlands, der Wohnungs- und Mietenfrage?

## MdB Niema Movassat

Niema Movassat wurde als Sohn iranischer Eltern am 22. August 1984 in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur in Oberhausen studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein Staatsexamen ab.

Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist Movassat seit 2009. Von 2013-2017 war er Obmann der Bundestagsfraktion DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung. Seit der Neuwahl 2017 ist er nun Sprecher für Drogen- und Verfassungspolitik. Er ist Obmann der Fraktion im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

In Essen unterhält er ein Bürger\*innenbüro: Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon 0201-81337730, Telefax 0201-81337731, E-Mail: niema.movassat.ma06@bundestag.de. Die Website ist unter www.



movassat.de erreichbar. Das Büro ist geöffnet von Montags bis Donnerstags von 10 bis 16 Uhr.

**Essener Bündnis für bezahlbaren Wohnraum**

# Die Wohnungsfrage spaltet die Stadt

Im November gründete sich das Essener Bündnis für bezahlbaren Wohnraum. Am 10. November 2018 fand die Auftaktveranstaltung statt. Die nachfolgenden Thesen, hier frei wiedergegeben, wurden dort vorgestellt. Alle Menschen, die mitdiskutieren möchten, wie eine gute Wohnungs- und Mietpolitik in unserer Stadt aussehen soll, sind herzlich dazu eingeladen.

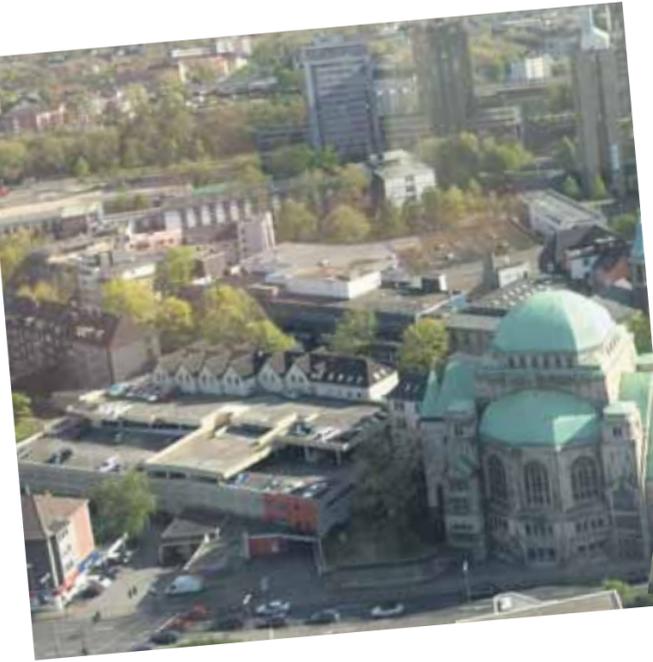
**Bezahlbarer Wohnraum – überall!**

Essen braucht bezahlbaren Wohnraum. Zwar ist die Zahl der beantragten, gebauten und genehmigten Wohnungen gestiegen, doch wird damit der Wohnungsmarkt nicht so entlastet, dass Menschen mit geringen Einkommen davon profitieren. Die allermeisten neu geschaffenen Wohnungen liegen am oberen Rand des Miet- und Preisspektrums. Essen braucht dringend eine Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum (Sozialquote), die bei mindestens 30 Prozent, besser bei 50 Prozent je Bauvorhaben liegt.

Bezahlbare Wohnungen sind sehr ungleich über die Stadt verteilt. Die Sozialquoten müssen also in jenen Stadtteilen höher liegen, die sich über die hohen Preise und Mieten von anderen Stadtteilen abschotten. Grundsätzlich sollen Mietkosten nicht höher als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens der Haushalte ausmachen. In Essen wird diese Grenze in vielen Quartieren überschritten – ein Indiz für die soziale Spaltung der Stadt.

**Keine Mieterhöhung nach Modernisierung**

Insbesondere die großen Wohnungsunternehmen set-



zen über Modernisierungsmaßnahmen dauerhafte Mieterhöhungen durch. Mieterhöhungen nach § 559 BGB sind sachlich unangemessen und gehören abgeschafft. Alternativen sind möglich, z.B. über die Abbildung im örtlichen Mietspiegel. Auch wäre die Höhe des tatsächlich eingesparten Energieverbrauchs als obere Grenze einer Mieterhöhung denkbar.

Die Wohnungsunternehmen sollen bei jeder Modernisierung nachweisen, welche Maßnahme wieviel Geld gekostet hat, welche Fördermittel verwandt wurden und wie hoch der Instandhaltungsabzug jeder Einzelmaßnahme ist. Eine Instandhaltung ist der Modernisierung vorzuziehen. Ein Mittel zum Erhalt bestehenden bezahlbaren Wohnraums wäre eine Er-

haltungssatzung, insbesondere für den Milieuschutz. Die Stadt Essen benötigt ein stadtweites Handlungskonzept Wohnen.

**Für gemeinnützigen Wohnungsbau**

Wir fordern die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit als zentrales Instrument für den effizienten und nachhaltigen Einsatz öffentlicher Mittel. Die soziale Verpflichtung der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft Allbau muss gestärkt werden. Deren Gewinne dürfen dem System nicht länger entzogen werden, um den kommunalen Haushalt mitzufinanzieren. Die Mittel müssen dazu genutzt werden, den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Um die Zahl mietpreisgebundener Wohnungen zu erhöhen, muss zu den alten Bindungsfristen zurückgekehrt werden. Eigentümer dürfen ihre mit öffentlichen Fördermitteln gebauten Wohnungen erst nach mindestens 30 statt bisher 15 Jahren am Markt platzieren können. Es soll auch nicht länger möglich sein, sich aus einer Bindung freizukaufen.

**Mietermitbestimmung**

Grundsätzlich sollten die Mieterinnen und Mieter bei Fragen und Entscheidungen, die ihre Wohnungen und Häuser oder das Wohnumfeld betreffen, so rechtzeitig und ernsthaft eingebunden werden, dass von einer echten Mietermitbestimmung gesprochen werden kann.



**Stefan Hochstadt ist Soziologe und Stadtplaner, außerdem Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen**

Alle Maßnahmen, die auf kommunaler, Landes- und Bundesebene dafür erforderlich sind, sind zügig vorzubereiten und umzusetzen.

**Boden gehört allen!**

Die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen scheitert nicht nur an den Kosten des Bauens, sondern an den Grundstückskosten. Durch die Verknappung entwicklungs-fähiger Flächen kommt es zu erheblichen Preisauf-

*Im Essener Bündnis für bezahlbaren Wohnraum arbeiten Menschen aus verschiedenen Organisationen zusammen: DGB und Einzelgewerkschaften, Essener Mietergemeinschaft, Sozialverbände wie AWO und dem Paritätischen. Kontakt: „bezahlbarer.wohnraum.in.essen@gmail.com“.*

trieben, die letztlich auf die Mieten durchschlagen. Essen braucht eine „soziale Bodenpolitik“, die die begrenzte und nicht vermehrfähige Ressource „Boden“ gegen Spekulation schützt. Bauland oder potenzielles Bauland soll nicht zu Spekulationszwecken einer Überbauung entzogen werden können. Einer Bebauung öffentlicher Grundstücke durch die öffentliche Hand ist Vorrang zu gewähren.

**Leerstand sanktionieren**

In Essen werden leerstehende Gebäude nicht erfasst. Doch mit einem Leerstandskataster ließe sich eine Politik der Immobilienaktivierung unter Vermeidung von spekulativem Leerstand begründen. Es soll zur Pflicht von Wohnungseigentümern werden, leer fallende Wohnungen zu melden. Struktureller Leerstand ist begründungspflichtig und grundsätzlich sanktionierungsfähig. Die Politik hat bisher abgelehnt, eine Zweckentfremdungsverordnung zu erlassen. Sie gäbe der Stadt Mittel an die Hand, gegen unnötigen und zu langen Leerstand vorzugehen. Maßnahmen gegen gewerbliche Kurzvermietungen sind möglich.

**Frei- und Grünflächen erhalten**

Neuen Wohnraum zu schaffen, darf nicht zu Lasten von Frei- und Grünflächen geschehen. Zusätzlicher Wohnraum soll vorrangig innerhalb der bestehenden Bebauung geschaffen werden. Hierdurch können auch Bau-, Erschließungs- und Betriebskosten verringert und die Infrastruktur effizienter genutzt werden. Baulücken im Bestand sind zu schließen, dafür muss ein Baulückenkataster aufgebaut werden. Bestandsgebäude können aufgestockt werden, wo es Gebäude und Lagebedingungen erlauben. Aufgrund des damit einhergehenden Eingriffs in die Lebensräume der Menschen, ist die Nachverdichtung zwingend an das Beteiligungsrecht der Betroffenen gebunden und hat behutsam zu geschehen.

**Wohnungsaufsicht muss Täter bekämpfen!**

Nach Einführung des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW in der letzten Legislaturperiode machte die Stadt Essen vor allem durch die Räumung angeblich unbewohnbarer oder vernachlässigter Häuser von sich reden. Jedoch sind die Menschen, die darin unter oft menschenunwürdigen Bedingungen hausen müssen, Opfer und dürfen nicht zu Tätern gemacht werden. Eine starke Wohnungsaufsicht zieht die säumigen Eigentümer zur Verantwortung. Ist das nicht möglich, muss auch das Mittel der Enteignung wirksam Anwendung finden. Den Grundsätzen des Rechts auf Wohnen und auf Unversehrtheit ist Geltung zu verschaffen.

*Friedensbündnis protestiert!*

# Erfolgreiche Aktion gegen NATO-Kriegsrat

von Bernhard Trautvetter

Mitte Oktober letzten Jahres fand zum vierten Mal seit 2015 eine Konferenz von NATO-Militärs in der Messe Essen statt. Circa 300 teils führende Militärs, Rüstungsindustrielle, Militärstrategen und Politiker\*innen tagten unter dem Titel „Der Nebel des Tages Null – Luft und Raum an der Frontlinie“ – „Tag Null“ ist im Militärjargon der Ausbruch eines „großen Krieges!“

Dagegen protestierte ein breites Friedensbündnis von den Gewerkschaften über Migrant\*innen, der Friedensbewegung und Parteien. Am 6. Oktober demonstrieren sie vom RWE-Turm aus zum Kennedyplatz. Auf der Demonstration sprachen der Grüne Ratsherr Walter Wandtke, der SPD-Bundestagsabgeordnete Arno Klare, Alexander Neu als Obmann für DIE LINKE im Verteidigungsausschuss des Bundestages, Ayten Kaplan aus dem



**Unser Gastautor ist einer der Sprecher des Essener Friedensforums.**

Spektrum der engagierten Migrant\*innen, Bernhard Trautvetter vom Essener Friedensforum, Peter Köster als stellvertretender Kreisvorsitzender des DGB Essen und Bezirksvorsitzender der IG Bau Essen-Mülheim-Oberhausen, außerdem Jürgen Rose als kritischer Soldat.

Konstantin Wecker sandte sein neues Lied „Willy 2018“ als Grußwort an die „No-

NATOM-Krieg“-Friedensdemonstration. Kreative junge LINKE gestalteten eine Mahn-Installation gegen den Krieg an der Marktkirche. Dort legten die Demonstrations-teilnehmer\*innen einen Kranz nieder. Sie gedachten damit der Toten der von NATO-Staaten direkt oder indirekt ausgelösten Kriege vom Golf bis nach Nordafrika. Das schloss die zu Tode gekommenen Kriegsflüchtlinge, die tausendfach vor den Grenzen Europas



ertrinken oder in der Sahara verdursten, mit ein. Die Friedensbewegung hat die Stadt Essen mit 2.000 Unterschriften unter dem Apell aufgerufen, Konferenzen, die gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes verstoßen, in Essen nicht zuzulassen. Oberbürgermeister Kufen nahm den Apell mit den Unterschriften vor der Ratssitzung Ende September entgegen. Die NATO-Konferenzen stellen das friedliche Zusammenleben in Europa

in Frage, indem sie den Einsatz von Waffengewalt und die Absenkung der Schwelle zum Atomkrieg in Erwägung ziehen.

Das zu verhindern ist die Aufgabe der Friedensbewegung. Im Februar beginnen die Vorbereitungen für die Aktionen gegen den nächsten NATO-Kriegsrat vom 8. bis 10. Oktober 2019. Das Motto der Friedensfreund\*innen bleibt: „Unser ‚Nein‘ zum Krieg ist ein ‚Ja‘ zum Leben!“

Das erste Mal seit 1966 wird das Ruhrgebiet wieder einen eigenen, zusammenhängenden Regionalplan erhalten. Der Entwurf wurde vom Regionalverband Ruhr (RVR) erarbeitet und wird derzeit in allen Verbandskommunen öffentlich ausgelegt.

von Wolfgang Freye

In Essen liegt er im Amt für Stadtplanung, Lindenallee 10, aus. Bis zum 1. März 2019 können alle Interessierten Stellungnahmen oder Einsprüche abgeben. Das gilt sowohl für die sogenannten Träger öffentlicher Belange, als auch für die Einwohnerinnen und Einwohner. Anschließend muss die Verwaltung die Eingaben prüfen und sie entweder einarbeiten oder begründet ablehnen. 2020, passend zum 100jährigen Gründungsjubiläum des RVR, soll der Regionalplan von der Verbandsversammlung verabschiedet werden.

Der Regionalverband Ruhr wurde 1920 als „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR)“ als erster deutscher Regionalverband vom Land Preußen gebildet. Er hatte vor allem die Aufgabe, durch die Entwicklung eines Siedlungsplans Ordnung in das ziemlich chaotisch entstandene größte deutsche Industriegebiet zu bringen. Die Siedlungen waren in den ersten sieben Jahrzehnten der Industrialisierung oft einfach um die von den Kohlebaronen angelegten Zechen herum entstanden.

Die Notwendigkeit einer Planung für die Region hatte der spätere erste Direktor des SVR, Robert Schmidt, schon 1912 in der Denkschrift „Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf“ dargelegt. Es ging Schmidt dabei nicht zuletzt um sozialpolitische Gesichtspunkte, um die planerische Festlegung von Flächen für Arbeiten, Wohnen, Freizeit und die notwendigen Verkehrswege zwischen diesen Flächen. Die Planung von Grün- und Erholungsflächen hatte dabei einen wichtigen Stellenwert. Der General-Siedlungsplan sollte „der gesamten Menschenmasse eine einwandfreie Ansiedlung in Gegenwart und Zukunft ... ermöglichen“.

1966 erstellte der damalige „Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR)“ als Nachfolger des SVR das letzte Mal einen Regionalplan. 1975 übertrug das Land NRW die Planungshoheit für das Ruhrgebiet auf die drei Bezirksregierungen in Arnsberg, Düsseldorf und Münster. Seitdem wurde die Regionalplanung fernab vom Ruhrgebiet nach zum Teil unterschiedlichen Maßstäben entwickelt. Schließlich gab es fünf Gebietsentwicklungs- bzw. Regionalteilpläne für das Ruhrgebiet. Weil sich diese Situation in der eng verflochtenen Stadtlandschaft immer mehr als Hemmnis erwies, verlagerte das Land NRW im RVR-Gesetz 2009 die Planungshoheit wieder in die Region.

**Neue planerische Ansätze**

Der RVR arbeitet nun seit 2011 am neuen Regionalplan. Diese lange Zeit kommt auch durch die unzureichende Personalausstattung im Planungsbereich zustande. Von Anfang an setzte der RVR mit dem grünen Planungsdezernenten Martin



**Erster Regionalplan für das ganze Ruhrgebiet seit 1966**

**Einer für alle!**

Tönnes neue Akzente in der Regionalplanung. Im Rahmen eines breit angelegten „regionalen Diskurses“ gab es etliche Fachforen zu Themen wie Gewerbe- und Wohnflächen, Freiraumentwicklung, Landwirtschaft usw. und mehrere Konferenzen mit bis zum 400 Teilnehmenden, die sich mit den planerischen Zielen für die Region auseinandergesetzt haben. Des Weiteren gab es mit allen 53 Kommunen im Ruhrgebiet Abstimmungen darüber, wie die Flächen aktuell genutzt werden und wie die Kommunen perspektivisch damit umgehen wollen.

Nicht nur diese Beteiligungsorientierung war ein neuer, inzwischen von vielen als beispielhaft angesehener Ansatz in der Regionalplanung. Der RVR entwickelte mit dem Flächeninformationssystem (ruhrFIS) auch ein neues Analyse- und Bedarfsermittlungsinstrument für Gewerbe-, Industrie- und Wohnflächen, das die Darstellung objektiviert und vergleichbar macht. Darüber hinaus hat der RVR auf Grund der Flächenknappheit in den großen Städten des Ruhrgebiets die Idee von Kooperationsstandorten für Industrie- und Gewerbeflächen über 8 Hektar eingebracht, die städteübergreifend entwickelt werden soll. Schließlich legte der RVR zusätzlich zum letztlich rechtsverbindlichen Regionalplan ein Handlungsprogramm vor, in dem die Entwicklungsziele für die Region weiter und konkreter ausgeführt werden.

Dabei muss man beachten, dass die Aufstellung des Regionalplans in den engen Grenzen des Landesentwicklungsplans (LEP) stattfindet. Der gültige LEP NRW trat im Februar 2017 in Kraft, beschlossen noch von einer rot-grünen Mehrheit. Schon im Dezember 2017 hat die neue schwarz-gelbe Landesregierung eine Überarbeitung beschlossen und dadurch bestimmte Regelungen des gerade erst neu gefassten LEP's



Die LINKE Fraktion im RVR, v.l.n.r.: Gültaze Aksevi (Bochum), Udo Gabriel (Unna), Marita Hildenhagen (Wesel), Binalli Demir (Duisburg), Utz Kowalewski (Dortmund), Wolfgang Freye (Essen), Olaf Jung (Recklinghausen), Eleonore Lubitz (Ennepe-Ruhr), Tomas Grohé (Gelsenkirchen), Heike Kretschmer (Geschäftsführerin).

außer Kraft gesetzt.

Schwarz-gelb will z.B. die Klimaschutz- und Flächenverbrauchsziele zurückschrauben, die Abbaurechte der Kiesindustrie im Kreis Wesel erweitern und die Ansiedlung von Logistikzentren auch außerhalb von Siedlungsgebieten erleichtern. Gerade das Ruhrgebiet hat sich in den letzten Jahren zu einem der größten Logistikzentren Europas entwickelt. Auch diese Änderungsabsichten haben zu erheblichen Verzögerungen der Vorlage des Entwurfs geführt.

**Flächenausweisung umstritten**

Der Streit um den vorliegenden Regionalplanentwurf ist überschaubar. Das ist sicherlich auch ein Ergebnis der Beteiligung im Vorfeld. Aber natürlich gibt es Diskussionen, vor allem um die Ausweisung der Flächen für Gewerbeansiedlungen, mit denen einige Kommunen nicht einverstanden sind. Auch die IHK betätigt sich eifrig als Lobby und will mehr Gewerbe- und Industrieflächen ausgewiesen haben. CDU-, FDP- und Teile der SPD-Fraktion im RVR tei-



len diesen Standpunkt. Dabei weist der Regionalplanentwurf bei den Gewerbeflächen eine Reserve von 5.382,3 Hektar aus, rund 265 Hektar mehr als bisher. Allerdings ist auch der Flächenverbrauch gestiegen, insbesondere durch große Ansiedlungen im Logistikbereich. Immerhin reichen die ausgewiesenen Flächen rechnerisch für rund 195.000 neue Arbeitsplätze.

Einige wenige Gemeinden eher am Rande des Ruhrgebiets sind auch gegen planerische Kürzungen bei den ausgewiesenen Wohnflächen. Insgesamt weist der Regionalplanentwurf 3.500 Hektar für neue Wohnflächen aus, rund 12 Prozent weniger als der alte, weil die Bevölkerungsentwicklungsprognosen nach unten korrigiert wurden. Immerhin reichen diese Flächen für 115.000 neue Wohnungen. Absehbar ist, dass die Auswei-

sung von Kiesabbauflächen im niederrheinischen Kreis Wesel ein schwer zu lösender Konflikt wird. Der RVR muss Rohstoff-sicherheit für die nächsten 25 Jahre nachweisen. Hierzu sind zusätzliche Flächen notwendig, die die Kommunen nicht immer freigeben wollen oder gegen deren Ausweisung es seit Jahren Proteste gibt. Gleichzeitig will die Kiesindustrie zum Teil Flächen in Landschafts- oder Wasserschutzgebieten lieber abbauen kann.

**Linke Perspektiven**

Die Fraktion DIE LINKE. im RVR hat die von der Verwaltung vorgesehene Beteiligungsorientierung bei der Erarbeitung des Regionalplans immer begrüßt und unterstützt, ebenso die oben dargestellten Neuerungen wie das ruhrFIS-System. DIE LINKE tauschte sich im Vorfeld der Erarbeitung des Regionalplans mehrfach mit den beratenden Mitgliedern der Verbandsversammlung aus, insbesondere dem DGB, dem Vertreter der Umweltverbände und der Landwirtschaftskammer.

DIE LINKE brachte folgende Kritikpunkte in die Diskussion ein:

- Die Regionalplanung für den dicht besiedelten Ballungsraum Ruhrgebiet muss vor allem in den Siedlungskernen die Hürden für die Bebauung und Versiegelung von Freiflächen erhöhen. Dazu hätten auch landwirtschaftliche Flächen als solche mit einem eigenen Planzeichen ausgewiesen werden müssen, was sie nicht sind. Diese Kritik führt auch die Landwirtschaftskammer.
- Der Vorrang des Verbrauchs alter, versiegelter Flächen für Gewerbe und Wohnen muss stärker im Vordergrund stehen. Der in der Planung enthaltene Grundsatz zur Vermeidung von Bodenversiegelung muss in ein Ziel umgewandelt werden, das in der Flächennutzungs- und Bauleitplanung stärker beachtet wird. Dabei müssen klare Kriterien formuliert werden, um trotz notwendiger Nachverdichtung die Lebensqualität in Stadtquartieren zu erhalten. Bei der Aufbereitung von ehemaligen, jetzt brachliegenden Industrieflächen ist das Hauptproblem das zu geringe finanzielle Engagement des Landes.
- Wenn im Landesentwicklungsplan schon das Ziel von einem Flächenverbrauch von nicht mehr als 5 Hektar täglich gestrichen wird, sollten zumindest die Ausgleichsmaßnahmen konkretisiert werden, indem ein Grundsatz formuliert wird, nach dem jede neu versiegelte Fläche durch Entsiegelung und/oder Begrünung an anderer Stelle raumnahe ausgeglichen wird.
- Auch für kleinere Städte, die so genannten Grundzentren, muss die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr verankert werden.
- Für das Handlungsprogramm hatte die Fraktion DIE LINKE schon im Juli die Formulierung eines Ziels der Schaffung von preiswertem Wohnraum und gefördertem, sozialen Wohnungsbau beantragt. Immerhin ist derzeit rund die Hälfte der Einwohner\*innen des Ruhrgebiets berechtigt, eine Sozialwohnung in Anspruch zu nehmen. Der Bestand liegt jedoch gerade bei 7,8 Prozent aller Wohnungen. Da ist also dringender Handlungsbedarf!

Nordviertel:

# Ostermannplatz: grüne Oase erhalten!

von Wolfgang Freye

**Bis zum Redaktionschluss dieser Ausgabe hatte die Stadtverwaltung immer noch nicht entschieden, ob sie den Bau einer Kindertagesstätte auf dem Ostermannplatz genehmigt. Der Ostermannplatz liegt im schönen, vom Jugendstil geprägten Eltingviertel. Er ist ein zentraler Treffpunkt im Viertel und mit seinem üppigen Baumbestand eine kleine, grüne Oase.**



Der Platz gehört dem Vonovia-Konzern, und der will dort eine Kita bauen. Dazu müsste der größte deutsche Wohnungsbaukonzern von den Regelungen des geltenden

**Nachbarschaftstreffen am Ostermannplatz,**  
Fotos: W.Freye

Bebauungsplans befreit werden. Der B-Plan sieht dort nämlich eine private Grünfläche vor. Viele Einwohnerinnen und

Einwohner des Viertels haben gegen die Absichten von Vonovia protestiert. Auch DIE LINKE will den Ostermannplatz mitten im dicht

besiedelten Nordviertel erhalten. Für die Anwohnerinnen und Anwohner hat er als Herzstück des Viertels eine wichtige öffentliche, soziale Funktion. Das hat man gerade erst wieder beim Lichterfest im Eltingviertel gesehen, das noch besser besucht war als im Vorjahr.

Kita gut geeignete freie Fläche im Viertel, zu dessen Eigentümern die Initiative zum Erhalt des Ostermannplatzes inzwischen Kontakt aufgenommen hat.

Trotzdem beharrt Vonovia bislang auf seiner Absicht, die Kita mitten auf dem Ostermannplatz zu bauen und den Platz dadurch der Öffentlichkeit zu entziehen. Der Konzern will seine gerade frisch sanierten Wohnungen lieber teuer vermieten, statt eine zu einer Kita umzubauen. Es geht um die Rendite. Dabei wollte sich der vielfach in die Kritik gekommene Wohnungskonzern gerade im Eltingviertel als besonnener Quartiersentwickler profilieren und trotz der Sanierung der alten Wohnungen bisherige Mieterinnen und Mieter im Viertel halten. Mit diesem Image wird es nichts, wenn Vonovia sich weiter so starr zeigt.

Kitaplätze werden im Nordviertel zwar auch dringend benötigt. Sie können jedoch anders geschaffen werden. Vonovia könnte einige Wohnungen umbauen. Selbst wenn Vonovia für eine Kita mit vier Gruppen acht bis zehn Wohnungen braucht, so sind das gerade 0,7 Prozent der 1.400 Wohnungen, die der Konzern allein im Eltingviertel besitzt. Um auf die erforderliche Anzahl zusammenhängender Wohnungen dafür zu kommen, könnte das Wohnungsunternehmen kulturelle Veranstaltungen überlässt“, so Erwin Wiemer. Aber erst einmal muss das Bieterverfahren stattfinden. So wird noch einige Zeit ins Land gehen, bis die Umbau- und Renovierungsarbeiten beendet sein werden.

Wolfgang Freye ist Ratsmitglied und vertritt DIE LINKE. Essen im Planungsausschuss.



Michael Steinmann, Wilfried Bienek, Jürgen Zierus und Erwin Wiemer (v.l.n.r.)

Steele:

# „Alte Schule“ gerettet

**Jetzt ist es amtlich: Die „Alte Schule“ am Äbtissenteig ist gerettet! Nach einem neuen Beschluss des Planungsausschusses vom November 2018 muss ein Käufer des Gebäudes ein Konzept vorlegen, dass den Erhalt des Atelierhauses vorsieht. Damit ist ausgeschlossen, dass das Gebäude abgerissen wird.**



Michael Steinmann ist Vorsitzender des Vereins Kunstraum Alte Schule e.V.

„Ein großer Erfolg unserer jahrelangen Aktionen und Aktivitäten“, freut sich Michael Steinmann, Vorsitzender des Vereins Kunstraum Alte Schule. „Das hatten wir am Anfang nicht zu hoffen gewagt.“ Mit Lichterketten, einer überfüllten Bürgerversammlung im Grend und vielen anderen Aktionen hat der Verein seit Anfang 2017 für den Erhalt des denkmalwürdigen Gebäudes gekämpft. Ohne diese vielfältigen Aktivitäten und den massenhaften Protest der Kunst- und Architekturfreunde wäre die Schule längst abgerissen worden – das wäre ein herber Verlust für den Stadtteil gewesen.

Die Essener Künstlerin und Gründerin des Vereins, Doris Schöttler-Boll, die hier bis zu ihrem Tode lebte, sorgte mit einer Vielzahl von Veranstaltungen für eine Bereicherung des Kulturlebens in Steele.

Genau daran will der Verein anknüpfen und plant schon jetzt eine Fortführung der Veranstaltungen im Sinne Doris Schöttler-Bolls.

Doch ob der Kunstverein die „Alte Schule“ für seine Akti-

**Dachgeschoss: Wo jetzt noch die Taubenhäuser, könnte bald ein Veranstaltungsraum sein**

vitäten nutzen darf, ist noch nicht geklärt. „Wir hoffen, dass uns der zukünftige Eigentümer zumindest einen Teil der Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen überlässt“, so Erwin Wiemer. Aber erst einmal muss das Bieterverfahren stattfinden. So wird noch einige Zeit ins Land gehen, bis die Umbau- und Renovierungsarbeiten beendet sein werden.

Bis dahin will der Verein nicht untätig bleiben. Erste Lesungen haben bereits stattgefunden, weitere Symposien und Ausstellungen sind für 2019 geplant. Vorerst muss man auf andere Räumlichkeiten im Stadtteil ausweichen, aber man ist sich sicher, dass sie bald wieder dort stattfinden können, wo ihr angestammter Platz ist: in der „Alten Schule“, die dann wohl „Doris-Schöttler-Boll-Haus“ heißen wird.



Steeler Bürgerinnen und Bürger, ein breites Bündnis aus Kunst, Steeler Tradition und Politik setzte sich ebenfalls für das Haus ein. Auch die Bezirksvertreter der Grünen und der Partei DIE LINKE unterstützen die Forderung. „Besondere Erwähnung verdient Jürgen Zierus, der unermüdlich für den Erhalt des Hauses gekämpft hat“, sagt Erwin Wiemer, zweiter Vorsitzender des Vereins.

Nicht nur in städtebaulicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Stadtteilkul-

Essen-West:

# Trinkwasser für alle

**Der letzte Sommer zeigte, wie wichtig es ist, Möglichkeiten zur kostenlosen Entnahme von Trinkwasser in der Stadt anzubieten. Eine Möglichkeit hierfür wäre die Errichtung von Trinkbrunnen an zentralen Plätzen im Bezirk. Geeignet wären zum Beispiel der Frohnhauser Platz oder die Fläche vor der Kirche St. Maria Empfängnis an der Gemarkenstraße.**

Aktuell bieten in Frohnhausen drei Einrichtungen an, sich bei ihnen kostenlos Trinkwasser in Flaschen abzufüllen. Da ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung Essen-West noch mehr möglich, wenn das Projekt insgesamt bekannter wäre.



Heike Kretschmer ist Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Bezirksvertretung Essen-West

Die Idee ist nicht neu. Die Stadtverwaltung selbst hatte diesen Ansatz schon mal als eine Variante im Rahmen der Strategien zur Klimaanpassung im Jahr 2015 in Betracht gezogen. Passiert ist bisher aber noch nichts.

Darüber hinaus könnte man das „Projekt Refill“ stärker im Bezirk etablieren. Refill Deutschland ist eine 2017 gegründete deutschlandweite Non-Profit-Organisation, die sich für die Vermeidung von Plastik und vor allem Plastikmüll in den Ozeanen einsetzt, indem sogenannte Refill-Stationen kostenlos Leitungswasser in mitgebrachte Trinkflaschen abgeben.

Um die Umsetzung der verschiedenen Möglichkeiten auf den Weg zu bringen, brachte die Fraktion DIE LINKE in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung den Antrag zur Prüfung der Umsetzung beider Maßnahmen ein, der angenommen wurde.

Die Ratsfraktion will nun ebenfalls mit einem eigenen Prüfauftrag für das gesamte Stadtgebiet aktiv werden. Denn – der nächste Sommer kommt bestimmt!

## Ausgehtipp

**MI, 16. Jan., 19 Uhr**  
Essener Friedensforum: „Die Lage in Syrien – Chancen für Frieden oder Krieg ohne Ende?“ mit Karin Leukefeld, VHS am Burgplatz

**DO, 17. Jan., 19 Uhr**  
Korrekktiv Buchladen: „Krisen und Kriege im 21. Jahrhundert“, mit Antonia Rados, Akazienallee 10, Innenstadt

**SA, 19. Jan., ganztägig**  
„Wir haben es satt – Industrielle Landwirtschaft stoppen“, Demo in Berlin, Infos unter [www.bund-essen.de](http://www.bund-essen.de)

**SO, 27. Jan., 11 Uhr**  
DIE LINKE. NRW: „Strategieforum Ruhrgebiet“ zu den Europa- und Kommunalwahlen, ChorForum, Fischerstraße 2-4, Südviertel

**DO, 31. Jan., 19 Uhr**  
Korrekktiv Buchladen: „Über Echtenmenschen, die BRD GmbH und andere Verschwörungstheorien“, Akazienallee 10, Innenstadt

**FR, 4. Feb., 18 Uhr**  
Pflegebündnis Essen: Offenes Bündnistreffen im DGB-Haus, Teichstraße 4, Innenstadt

**FR-SO, 22.-24. Feb., ganztägig**  
DIE LINKE: Europawahlpartei-tag in Bonn

**FR-SO, 22.-24. Feb.,**  
Chaos Computer Club: „Hack im Pott“, Falkenzentrum Süd, Holsterhauser Str. 200, Holsterhausen, Tickets unter [info@chaosspott.de](mailto:info@chaosspott.de)

**MI, 6. März, 18.30 Uhr**  
DIE LINKE. Essen: „Politischer Aschermittwoch“, Panic Room, Viehofer Platz 2, Innenstadt



**DI, 12. März, 18 Uhr**  
AG Betrieb & Gewerkschaft DIE LINKE, HR-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt

**MI, 20. Feb., 19 Uhr**  
Essener Friedensforum: „Deutschlands zukünftige Rolle in der Welt“ mit Prof. em. Dr. Werner Ruf, VHS am Burgplatz

**MI, 20. März, 19 Uhr**  
Essener Friedensforum: „PESCO – Die EU auf dem Weg zur Rüstungsunion“ mit Jürgen Wagner (IMI e.V.), VHS am Burgplatz

**SA/SO, 30./31. März**  
DIE LINKE. Essen: „Europatage“, HR-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt

**Regelmäßig:**

**DIE LINKE im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1:**  
**MO, 17.30 Uhr: Ratsfraktion**  
**DI, 18.30 Uhr: linksjugend [solid] ruhr**  
**DO, 19 Uhr: Aktiventreffen**  
**1.+3. DI, 18.30 Uhr: Arbeitskreis ÖPNV**  
**1.+3. DI, 10 Uhr: Erwerbslosenfrühstück**  
**2.+4. MI, 18 Uhr: Kreisvorstand**

**Letzter DO im Monat: DIE LINKE. Essen-West, Haus Kalthoff, Lenbachstraße 3**  
**1.+3. MO, 19 Uhr Essen stellt sich quer, Steubenstraße 49**

**3. DO, 19 Uhr: Rosa-Luxemburg-Club, Monatstreffen im HR-Haus**

## Die Kehrseite



Dr. Jekyll ...

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Festlegung von Ausnahmen des Fahrverbots wird von der Ratsmehrheit abgelehnt. Mit dabei: SPD-Unterbezirksvorsitzender Thomas Kutschaty.



Mr. Hyde ...

Kurz nach der Ratssitzung wird dann eine entsprechende Regelung lautstark vermisst und öffentlich herbeigefordert. Wortführer: SPD-Unterbezirksvorsitzender Thomas Kutschaty..

### Unerbetene Tipps von der Seitenlinie:

# Wie die SPD wieder Volkspartei werden kann!

von Stefan Hochstadt

**Redlich quält sich die SPD in Debatten um die Parteivorsitzende („Das Ende ist Nahles.“) und müht sich in Positionskämpfen, wer den Kanzler machen soll („Olaf Scholz wehrt sich.“). In langen Strategiedebatten will sie die Erneuerung der Partei in Einklang bringen mit einer Fortsetzung der großen Koalition. Derweil geht der beispiellose Sturz in den Umfragen immer weiter. Man möchte beinahe täglich mitleidig mitheulen. Doch da hätten wir ein paar Tipps auf Lager:**

#### Schluss mit Hartz 4

Die Agenda 2010 aus dem Hause Schröder-Fischer hat zwar nicht den Grünen geschadet, ist aber zum Totengräber der SPD geworden. Die Lösung ist einfach: Weg damit! Hartz 4 macht Opfer zu Tätern und hat sich als Sackgasse erwiesen. Und her mit einer Mindestsicherung, die über der Armutsgrenze liegt. Die Würde des Menschen ist unantastbar – der Geldbeutel der Reichen nicht!

#### Her mit der Bürgerversicherung

Seit Jahren verschleppt die SPD dieses Thema ohne irgendwelche Fortschritte. Wer behauptet, dass die Kranken- und die Pflegeversicherung zu teuer geworden seien, ist in Wirklichkeit zu faul zum Denken. Ein paar Lösungsvorschläge: Rauf mit den Einkommensgrenzen. Gerade diejenigen, die besser verdienen, sollen sich entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit beteiligen. Einbeziehung auch der Beamtinnen und Beamten sowie aller Selbständigen – wie dies übrigens in Österreich der Fall ist.

#### Schluss mit der Zweiklassenmedizin

Zusammen mit der Bürgerversicherung muss endlich Schluss sein mit „gesetzlicher“ Versicherung hier und „privater“ Versicherung da. Auch darüber schwadroniert die SPD seit Jahren ohne jeden erkennbaren Fortschritt. Dabei wäre das so einfach: ein System, in das alle Menschen einzahlen. Für Menschen ohne eigenes Einkommen wird der Topf aus dem allgemeinen Steueraufkommen gespeist.

#### Schluss mit Armutsrenten

Angeblich kann das Rentensystem die steigende Zahl der Rentnerinnen und Rentner nicht mehr verkraften. Doch in keinem Bereich wird so viel gelogen wie hier. Sorgt dafür, dass die Menschen einen sorgenfreien Ruhestand genießen!

Dafür zahlen alle in die Rentenkasse ein, und es gibt eine Mindestrente, die vor Armut schützt. Auch hier hilft ein Blick nach Österreich. Bekanntlich ist das trotz eines gerechteren Rentensystems noch kein verkappter sozialistischer Wiedergänger.

#### Ein soziales Europa

Wir alle sind Europäerinnen und Europäer! Wir sehnen uns geradezu nach einem starken, friedvollen und zukunftsorientierten Europa, in dem wir alle zuhause sind. Aber das Europa des kalten Marktes, der kalten Krieger, der schamlosen Abzocker und steuertricksenden internationalen Konzerne ist nicht unser Europa.

Liebe SPD, wenn ihr nicht einfach zusehen wollt, wie das europäische

Projekt von rechts zerstört wird, müsst ihr aufhören, es zu pervertieren. Europa ist für alle da und nicht nur für die, die es sich leisten können.

#### Schluss mit dem Paktieren

Liebe SPD, in der Tradition von Bebel bis Brandt: Seid solidarisch mit jenen, die eure Solidarität verdienen. Esst nicht am Tisch derer, die von einem kranken System profitieren. Der Kuchen, den ihr dort kriegt, ist vergiftet. Tretet ein für eine politische Wende, die an den Lebensbedingungen der Menschen interessiert ist statt nur an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Behauptet nicht, dass das erste aus dem zweiten resultiert.

Das behaupten alle Profiteure seit Jahrzehnten, nur zu ihrem Nutzen. In einer Gesellschaft, in der die Menschen wieder an ihre Zukunft glauben, selbst wenn sie nicht in Seide schlafen, ist eine Gesellschaft, in der sie auch wieder SPD wählen können.

**Und wenn das alles nicht hilft, machen wir DIE LINKE zur Volkspartei und übernehmen den Laden!**

#### Ohne Sekt und Schnittchen

25 Jahre im Amt – und dann das: Im letzten Oktober wurde CDU-Kreisgeschäftsführer Norbert Solberg von heute auf morgen geschasst, ganz ohne Abschiedsfeier. Es waren Finanzberichte aufgetaucht, die von einem „stellvertretenden Schatzmeister“ unterzeichnet waren. Doch diesen Posten gab es nicht. Ausgerechnet die Unterschrift von Ex-Stadtdirektor Görgens wurde nachgemacht. Der war tatsächlich mal Schatzmeister. Das sollte wohl die Chance erhöhen, damit durchzukommen.

#### Der doppelte Solberg

Aus eins macht zwei: Verschiedene Finanzberichte wurden erstellt, ein geschönerer zur Besänftigung der Basis und ein halbwegs korrekter an den Landesverband. Das doppelte Spiel ging viele Jahre gut. Erst im September machten Rechnungen für einen Dienstwagen die Partei stutzig. Denn der war gar nicht beschlossen worden. Jetzt prüft die CDU Regressansprüche und gräbt alte Rechenschaftsberichte aus.

### Rätsel-Ecke

1					2	3	
	3	7	8	6			6
2		5	4			3	
8	5		2	5			1
7	1	4					6
	7		6		1	9	4
			1	8			4
7		4					5
					9	1	

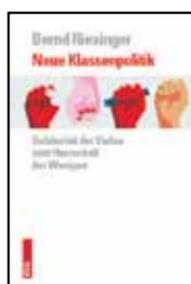
Lösung:

1	2	•	0	3	•	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

#### Wir gedenken Rosas und Karls

Gesucht wird das Datum: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, erschossen am selben Tag von rechtsradikalen Freicorps-Offizieren in Berlin. Die Reaktionäre wollten gewaltsam die Errungenschaften der deutschen Novemberrevolution beseitigen. Ihre Auftraggeber, die sie auf die Arbeiter- und Soldatenräte losgelassen hatten: SPD-Reichspräsident Friedrich Ebert und sein „Bluthund“ Gustav Noske. Die Mörder wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Wann war das nochmal genau?

Diesmal verlosen wir das neue Buch unseres Parteivorsitzenden Bernd Rixinger: „Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“.



Lösungen bitte per Post oder E-Mail an: Essener Morgen, DIE LINKE, Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss: 31. März 2019. Auch diesmal können alle teilnehmen, sogar die Angehörigen der Redaktion. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Darum laßt uns alles wagen

von Karl Marx (1818 – 1883)

*Darum laßt uns alles wagen,  
Nimmer rasten, nimmer ruhn.  
Nur nicht dumpf so gar nichts sagen  
Und so gar nichts woll'n und tun.*

*Nur nicht brütend hingegangen,  
Ängstlich in dem niedern Joch,  
Denn das Sehnen und Verlangen  
Und die Tat die bleibt uns doch!*



#### Die Frau an seiner Seite

Offenbar half auch die Ehefrau „ehrenamtlich“ bei der kreativen Buchführung und bekam dafür ein Gehalt. Mit freihändig ausgezahlten „Gratifikationen“ und „Bargeschchenken“ hielt man Freunde bei Laune. So rutschte die Parteikasse in die Miesen. Und wie behebt man den schlechten Kontostand? Mit einem privaten Darlehen an die Partei, von dem niemand was weiß. Trotzdem gibt's obendrauf, ja was wohl: Zinsen!

#### Ahnungslose Gremien

Wahrlich kein Ruhmesblatt: Kassenprüfer, die über Jahre alles durchwinken. Ein Kreisschatzmeister, der mit Finanzen nichts zu tun zu haben scheint. Ein fassungsloser Parteichef, der einen sechsstelligen Schaden befürchtet. Die Bilanz der CDU Essen für 2017 weist eine Überschuldung aus. „Eiserne“ Sparmaßnahmen werden nötig. Nicht dass wir was dagegen hätten, wenn konservative Politik sich mal bescheiden muss...

#### Wirtschaftskompetenz

Norbert S. hat derweil Selbstanzeige erstattet. Das mindert die drohende Strafe. Für ihn geht es wohl glimpflich aus. Die Rechenschaftsberichte vor 2009 können nicht mehr geprüft werden. Sie sind vernichtet. So sieht sie aus, die geballte Wirtschaftskompetenz!

